

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
ofa Zeitschriften (Glattbrugg)

Dritter Anlauf für eine Lösung



Am 2. Juni 1991 ist Wahlsonntag. Abgestimmt wird über die Revision des Militärstrafrechts und über die Neuordnung der Bundesfinanzen. Der Wahlkampf hat schon begonnen.

(Collage AMK/Keystone)

Am 2. Juni 1991 haben wir auf eidgenössischer Ebene über zwei Abstimmungsvorlagen zu entscheiden: über eine neue Bundesfinanzordnung und über eine Änderung des Militärstrafgesetzes. Bei beiden Themen ist es bereits der dritte Versuch, eine tragfähige Lösung zu finden. Besonders die Finanzreform ist umstritten.

AMK. 1977 und 1979 hat das Schweizervolk die Einführung der Mehrwertsteuer abgelehnt. Nun liegt erneut ein Reformvorschlag vor. Dadurch soll ein fünfzig Jahre altes Provisorium beendet, dem Bund sollen die Mittel für seine Aufgaben gesichert werden. Nötig ist dies, weil Ende 1994 die Kompetenz des Bundes zur Erhebung der

Warenumsatzsteuer und der direkten Bundessteuer ausläuft.

Im Mittelpunkt der Reform stehen eine Modernisierung der Warenumsatzsteuer (Wust) sowie eine Neugestaltung der Stempelabgaben.

Der Reformvorschlag beseitigt die wichtigsten Mängel der heutigen Wust, vor allem die Schattensteuer auf Investitionen und Betriebsmitteln (Taxe occulte). Bei der Revision des Stempelsteuergesetzes geht es darum, die in der Schweiz im internationalen Vergleich zu hohe Stempelsteuer zu senken.

Die Finanzvorlage wird von allen Bundesratsparteien getragen. Innerhalb der Freisinnigen Partei gibt es jedoch unterschiedliche Meinungen.

Die zweite Vorlage soll eine Gruppe von Dienstverweigerern entkriminalisieren. Bei der FDP ist dagegen kein Widerstand auszumachen.

Mehr zum Thema ab Seite 5

Parteitag 1991

Im Wahljahr 1991 ist die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) mit ihrem Parteitag am 26. und 27. April Gast der Freiburger Freisinnigen.

Im Zentrum stehen wird das Parteiprogramm für die nächsten vier Jahre, an dem schon seit Monaten auf allen Ebenen gearbeitet wird. Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz wird dazu politische Akzente aus der Sicht des Bundesrates setzen.

Als Gastreferenten hat die FDP der Schweiz Professor Mavriks Vulfssons aus Riga eingeladen. Professor Vulfssons ist Vorsitzender des Ausserpolitischen Ausschusses im Parlament Lettlands und Volksdeputierter in Moskau. Er wird über die gegenwärtige Lage in der Sowjetunion sprechen.

Weiter werden uns die Abstimmungsvorlagen vom 2. Juni 1991 beschäftigen: die Neuordnung der Bundesfinanzen und die Revision des Militärstrafrechts. Auch dazu werden die beiden freisinnigen Bundesräte, Jean-Pascal Delamuraz zur Finanzreform und Kaspar Villiger zum Militärstrafrecht, den Standpunkt der Landesregierung erläutern.

Neben den politischen Themen ist der FDP-Parteitag aber nicht zuletzt auch ein gesellschaftliches und geselliges Ereignis, zu dem alle Mitglieder herzlich eingeladen sind.

Einladung auf Seite 8

Inhalt

- Nationalrat Georg Stucky orientiert über die neue Finanzordnung auf Seite 5
- Über die Jubiläumssession sprechen wir mit Ständeratspräsident Arthur Hänsenberger (FDP/BE) auf Seite 9
- Nationalrätin Lili Nabholz kämpft gegen die Gesetzesflut ab Seite 10

Savimbis Stellenwert steigt

Jonas Malheiro Savimbi, Anführer der Nationalen Union für die völlige Unabhängigkeit Angolas, hat den seit sechzehn Jahren dauernden Bürgerkrieg zwischen seiner Unita und den Regierungstruppen der kommunistischen Volksbewegung (MPLA) einseitig für beendet erklärt. Auf dem Siebenten Kongress der Unita im vergangenen Monat sagte er, die Unita habe ihre militärischen Ziele erreicht. Sie können aus einer Position der Stärke verhandeln. Die Kongressdelegierten beschlossen, die Unita in eine politische Partei umzuwandeln.

Jacques Baumgartner

Der Kampf gegen die Portugiesen dauerte acht Jahre, jener gegen über 50 000 Internazionalistas genannten Kubaner doppelt so lange. Ende Juni werden die letzten kubanischen Soldaten Angola verlassen haben, welche 1975 zusammen mit sowjetischen Beratern und DDR-Staatssicherheitsleuten (Stasi) der MPLA zur Macht verholfen und noch von Portugal versprochene freie Wahlen verhindert hatten. Schätzungsweise 600 000 bis eine Million Menschen dürften in diesem Bürgerkrieg ums Leben gekommen sein, bei einer Einwohnerzahl von acht Millionen.

Unita und MPLA nahmen Anfang April im portugiesischen Estoril ihre im Februar abgebrochenen Verhandlungen wieder auf.

Gutes Omen dürfte sein, dass erstmals die Delegation von Unita und MPLA-Regierung nebeneinandersitzen; der portugiesische Vermittler sitzt nicht mehr wie bei den vorangegangenen Gesprächsrunden zwischen ihnen.

Gewiss scheint derzeit zu sein, dass spätestens Ende Juni, das heisst nach dem Abzug des letzten kubanischen Soldaten, der Waffenstillstand in Kraft treten wird.

Ende April ist der Unita-Chef zu Gast beim britischen Aussenminister, Douglas Hurd. Am 2. Mai weilt Savimbi in Bern im Departement für ausserpolitische Angelegenheiten; vorgesehen ist ein «Arbeitsessen». «Ständige» Etappe in der Schweiz ist Lausanne, die Stadt, in der Savimbi bei Professor Henri Rieben Politische Wissenschaften studierte. Während des Kongresses im Busch erreichte Savim-



Der Anführer der Nationalen Union für die Unabhängigkeit Angolas (Unita), Jonas Malheiro Savimbi, erfreut sich ständig grosserer Anerkennung. Anfang Mai besucht er die Schweiz.

(Photo BAU)

bi aus Bonn die offizielle Einladung des deutschen Bundesausserministers, Hans-Dietrich Genscher.

Das ist neu. Bis anhin galten Genschers Sympathien der MPLA-Regierung. Der Besuch in Bonn – mit Abstechern nach Berlin und München – findet vom 5. bis zum 11. Mai statt. Weitere offizielle Stationen sind Rom, Mailand, Paris, Brüssel, Den Haag. Die Besuchsstationen stehen für den steigenden Stellenwert des «Rebellen».

Savimbi begrüsst ein Engagement der Schweiz in der Übergangszeit bis zu den Wahlen, überhaupt beim Wiederaufbau Angolas. Und falls die Unita aus den Wahlen als Sieger hervorgehen sollte, so scheint ihm für die künftige politische Organisation Angolas ein Bundesstaat nach schweizerischem Vorbild

vorzuschweben. Rat von Verfassungsexperten sei «sehr willkommen», sagt Savimbi.

Savimbi ist bereit, jederzeit einen Waffenstillstand zu unterzeichnen, «vorausgesetzt, übers Jahr danach wird frei gewählt, wofür wir 16 Jahre lang mit der Waffe in der Hand gekämpft haben». Der Krieg sei zu Ende. «Es gibt keinen Grund mehr für einen Krieg». Ein Vierteljahrhundert lang habe «man» versucht – zuerst die Portugiesen, danach die Kubaner, der gesamte ehemalige Sowjetblock – die Unita zu vernichten. «Es ist ihnen allen nicht gelungen. Wir wurden Berufssoldaten, wir wurden zu «Soldados da fortuna!» Und eigentlich wurde mit diesem Kongress bereits der Wahlkampf eröffnet: «Vota para Unita para futuro – Stimme für die Unita (und damit) für die Zukunft.» □

Angola

1483 von den Portugiesen entdeckt.

1961 Beginn des bewaffneten Unabhängigkeitskampfes.

1974 Putsch in Portugal bringt Unabhängigkeit für Angola, Guinea-Bissau, Kapverden, Moçambique, São Tomé und Príncipe.

1975 MPLA, FNLA (Nationale Front zur Befreiung Angolas) und Unita bilden in Luanda bis zu den Wahlen eine Übergangskoalitionsregierung. Im Januar Ankunft der ersten

kubanischen Kontingente (als Touristen). Massaker, Ausbruch von Kämpfen zwischen MPLA/Kubaner und FNLA/Unita im Juni/Juli. Im September/Oktober landet Gros der Kubaner. Südafrika interveniert (mit amerikanischer Rückendeckung), wird letztlich von Washington fallengelassen, zieht sich zurück.

1976 MPLA/Kubaner festigen ihre Position. USA stellen jegliche Hilfe für Unita/FNLA ein. Unita zieht sich aus den Städten in den Busch zurück, formiert sich neu. FNLA wird von

MPLA/Kubaner vollständig geschlagen.

1982 Südafrika und USA machen einen Abzug der in Namibia stehenden südafrikanischen Truppen von einem Abzug der Kubaner aus Angola abhängig.

1984 Südafrika und MPLA-Angola vereinbaren einen Waffenstillstand, der aber schon nach kurzer Dauer von beiden Seiten gebrochen wird.

1986 Die USA gewähren erstmals der Unita wieder militärische Hilfe. Die Unita bringt die

Südprovinz Cuando Cubango unter ihre Kontrolle.

1987/1989 Grosse Offensiven gegen Unita enden mit katastrophaler Niederlage für MPLA/Kubaner.

1988 Angola-Namibia-Abkommen zwischen Pretoria einerseits und Havanna/Luanda andererseits: Südafrika gewährt Namibia die Unabhängigkeit, die Kubaner müssen sich bis Juni 1991 aus Angola zurückgezogen haben.

1990 MPLA und Unita nehmen Direktgespräche auf.

Persönliche Fragen an die Ständeratskandidatin Christine Beerli

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Darauf, dass Freiheit schliesslich siegt und uns die Entwicklung der letzten Jahre gezeigt hat, dass Menschen nicht über lange Zeit geknechtet werden können.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Die Tendenz vieler Menschen, sich auf sich selber und ihren engsten Kreis zurückzuziehen. Wir sind alle Teile einer Gemeinschaft, und diese kann nur als freiheitliche, demokratische Gesellschaft ausgestattet sein, wenn jeder Einzelne mitträgt und mitgestaltet.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Das wichtigste: der Pflug; die entbehrlichste: Massenvernichtungswaffen.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Die Übersichtlichkeit, das Fehlen von Korruption, die Reinlichkeit, dass man sich auf das Funktionieren vieler öffentlicher Einrichtungen verlassen kann (Gesundheitswesen, öffentlicher Verkehr usw.).

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Oft fehlt etwas die Weite und der Weitblick. Alle positiven Eigenschaften können, ins Extreme geführt, wiederum negative Auswirkungen haben und einengend wirken.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich»?

Nein, ich halte es eher mit dem chinesischen Sprichwort: «Wenn viele kleine Leute mit vielen kleinen Schritten viele kleine Dinge tun, dann ist Veränderung möglich.» Minderheiten können etwas auslösen. Anstösse geben, die Entwicklung muss dann jedoch von der Mehrheit getragen sein.

Warum sind Sie bei der FDP?

Weil ich eine überzeugte Liberale bin, die das Wohl des Einzelnen ins Zentrum setzen und von da her auf das Wohl der Gesellschaft hinstreben möchte.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

Politik ist so sehr die Kunst des Machbaren und deren Erfolg so stark von Zufällen abhängig, dass es völlig verfehlt ist, sogenannten erfolgreichen Politikern einen Preis (z. B. Friedensnobelpreis) zu verleihen. Wenn sie trotzdem einen Namen genannt haben möchten: dem deutschen Bundespräsidenten von Weizsäcker, für seine klaren, ehrlichen und in die Tiefe reichenden Worte.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Durch Aufrichtigkeit, klare, sachlich fundierte Argumentation und Übereinstimmung von Wort und Tat.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Sehr viel! Kurz zusammengefasst: Männer und Frauen sind Partner, nicht gleich (zum Glück), aber gleichberechtigt.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Ich bin oft ungeduldig und finde, die Dinge könnten effizienter an die Hand genommen und rascher zum Ziel gebracht werden.

Ich kann zuhören, eine Lage rasch analysieren und mich auf Wichtiges konzentrieren.

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

«Die Geschichte der USA» von Hans R. Guggisberg.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Viel zu wenig! Mit dem Hund spazieren – aber eher um die Natur zu geniessen als wegen der «Fitness».

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Frei nach dem Gehör musizieren.



In der Freizeit liest Christine Beerli gerne und sammelt – mindestens einmal im Jahr – Ostereier.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Ich schwanke zwischen Professor Hans Küng und Elfie Casty; mit beiden möchten ich gerne über ihre Bücher sprechen. □

Kurzbiographie

Christine Beerli

Zur Person: Aufgewachsen in der zweisprachigen Stadt Biel, heute wohnhaft in Studen, wo der Ehemann eine ärztliche Allgemeinpraxis führt.

Alter: 38

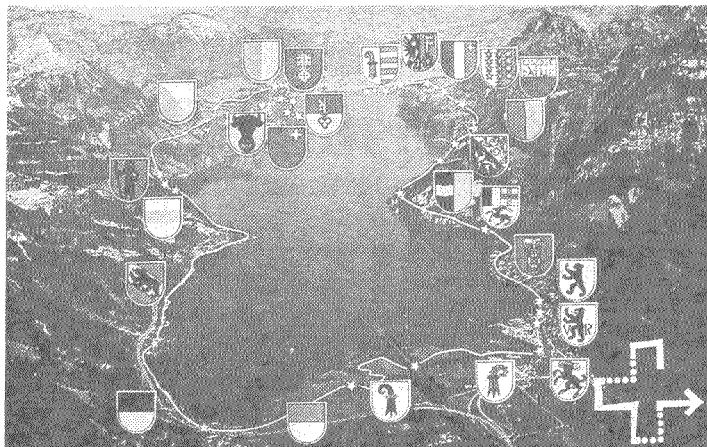
Berufliche Stationen: Wirtschaftsmatura, Studium in Bern, lic. iur., Fürsprecher, seit 1979 eigenes Advokaturbüro in Biel (in Bürogemeinschaft mit französischsprachigem Kollegen), seit 1989

administrative Leitung eines kleinen privaten Pflegeheimes (in Zusammenarbeit mit dem die ärztliche Seite betreuenden Ehemann).

Politischer Werdegang: Stadträtin in Biel, 1986 Wahl in den Grossen Rat des Kantons Bern, seit April 1990 Präsidentin der freisinnigen Grossratsfraktion, freisinnige Ständeratskandidatin.

Liebste Tätigkeit: Lesen (nicht nur Akten!), mit Ehemann und Hund durch den Wald streifen, kochen, Ostereier sammeln.





Anfang Mai wird der Weg der Schweiz um den Urnersee offiziell eröffnet. Bereits liegen zwei Wanderbüchlein vor.

2x Weg der Schweiz

Anfang Mai 1991 wird der Weg der Schweiz offiziell eröffnet. Der Weg der Schweiz ist das gemeinsame Werk der Kantone zur 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft. Bergauf und bergab führt er über eine Distanz von 35 Kilometern rund um den Urnersee. Zahlreiche Picknickplätze, Aus-

sichtspunkte und historische Stätten laden zum Verweilen ein. Zu dieser Eröffnung sind schon zwei Wanderbüchlein erschienen mit zahlreichen nützlichen Hinweisen:

Solange Vorrat gratis abgegeben wird das Büchlein «Weg der Schweiz», das von der Schifffahrtsgesellschaft des

Vierwaldstättersees (SGV) herausgegeben wird (Texte Arnold Amstutz und Hermann Heller). Bestellungen sind zu richten an die SGV, Postfach 4265, 6002 Luzern (adressierten und frankierten Briefumschlag C5 beilegen). Auf fünfzig Seiten werden ausführlich die acht Wegetappen, die historischen Stätten und sonstigen Sehenswürdigkeiten beschrieben. 15 weitere schöne Wanderrouten und Uferspaziergänge rund um den Vierwaldstättersee vervollständigen das nützliche Werk.

In einem handlichen Büchlein hat die Arbeitsgruppe Waldstätterhof, Brunnen, auf 32 Seiten ihre sechs Wandervorschläge für den Weg der Schweiz zusammengefasst. Kernstück der Publikation bildet die im Anhang eingeklebte Panoramakarte. Alle Sechstklässlerinnen und Sechstklässler erhalten den Wegbegleiter im Mai von der Schweizerischen Kreditanstalt als Jubiläumsgeschenk. Das Büchlein liegt in den vier Landessprachen sowie in Englisch auf und ist für Fr. 5.– an Kiosken und im Buchhandel erhältlich. □

«Der Bund – kurz erklärt»

Der Bundesrat und seine sieben Departemente, das Parlament mit seinen beiden Kammern, das Bundesgericht mit seinen Abteilungen – das alles findet man in aller Kürze beschrieben und bebildert in einer Broschüre mit dem Titel «Der Bund – kurz erklärt», die alljährlich vom Informationsdienst der Bundeskanzlei herausgegeben wird.

Das Heft gibt in stichwortartiger Form einen Überblick über die Institutionen des Bundes und deren Hauptaufgaben. Es zeigt die Photos der Bundesräte und des Bundeskanzlers, der Präsidenten und Vizepräsidenten des National- und Ständerates, des Bundesgerichts und des Versicherungsgerichts. Die Parteistärken im Parlament sind angegeben. Ein Organisationsschema der Bundesverwaltung und Sitzpläne von National- und Ständerat sind enthalten. Einige Graphiken erleichtern den Überblick.

In der soeben erschienenen und auf Umweltschutzpapier gedruckten Ausgabe 1991 sind die Veränderungen in Parlament, Bundesrat und Gerichten berücksichtigt. Ausserdem sind alle Fakten und Daten auf den neusten Stand gebracht. Eine Liste zählt die beim Bund erhältlichen Gratis-Broschüren für die Staatskunde auf. Erstmals sind einige Anregungen aus einer Umfrage unter Benützerinnen und Benützern, wie Seitenzahlen und Inhaltsverzeichnis, verwirklicht.

«Der Bund – kurz erklärt» eignet sich für den staatsbürgerlichen Unterricht, für politisch Interessierte und für alle, die einen kurzen Blick auf die Aufgaben des Bundes werfen wollen. Die einzelnen Seiten der Broschüre können abgetrennt und als Arbeitsblätter verwendet werden. In den vergangenen Jahren wurden jeweils rund 150 000 Exemplare an Schulen, Kurse, Parteien, Parlamentsbesucher und andere Besteller abgegeben.

Die Broschüre kann unentgeltlich, unter Beilage einer adressierten Klebeetikette, bezogen werden bei: EDMZ, 3000 Bern. Sie kann auch telefonisch, (031) 61 39 11, bestellt werden. BK

Wappen und Fahnen

Rechtzeitig zur 700-Jahr-Feier veröffentlicht die Keller Fahnen AG, Bätterkinden, ein sorgfältig dokumentiertes Werk über die Geschichte der Wappen und Fahnen in der Schweiz. Auf Grund des ausgeprägten starken historischen Charakters wählte die Schweizerische Eidgenossenschaft das Buch zum offiziellen Wappen- und Fahnen-Bildband zur 700-Jahr-Feier.

Fahnen und Wappen begegnen uns täglich: Auf amtlichen Dokumenten, Uniformen, Schiffen, Autos, Lokomotiven usw. Viele kennen ihre selbstsprechende Aussage, doch nur die wenigsten wissen über den geschichtlichen Hintergrund Bescheid. So waren beispielsweise die Kantonswappen ursprünglich militärische Feldzeichen der einzelnen Stände. Um die Zugehörigkeit der Krieger zum eidgenössischen Bund sichtbar zu machen, trugen sie in der Schlacht bei Laupen erstmals ein weisses Kreuz aus Leinwandstreifen auf



Um die Zugehörigkeit der Krieger zum eidgenössischen Bund sichtbar zu machen, trugen sie in der Schlacht bei Laupen erstmals ein weisses Kreuz aus Leinwand auf ihrem Gewand.

(Photo Keller Fahnen AG)

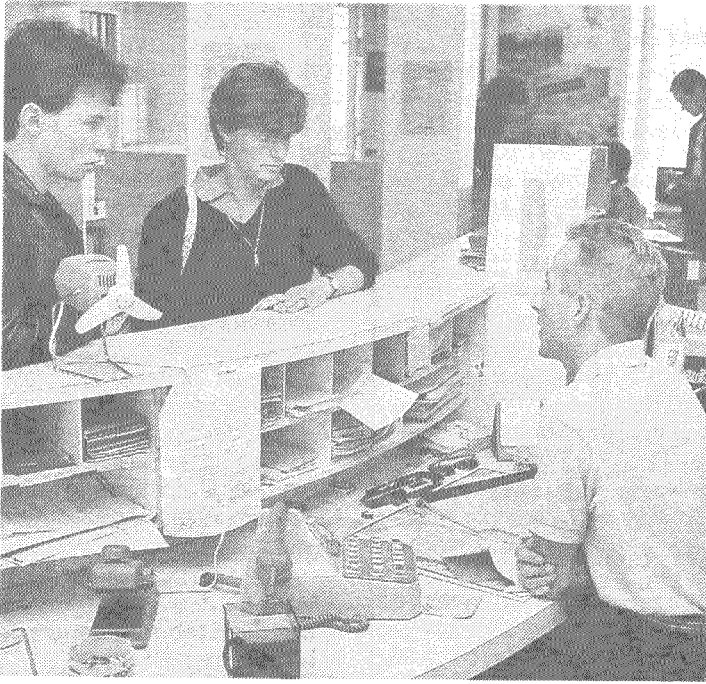
ihrem Gewand. Die Schweiz gehört zu den wenigen Ländern, in denen sich Hunderte von altherwürdigen Zeichen praktisch unverändert durch die Jahrhunderte erhalten haben.

Das Buch «Wappen und Fahnen der Schweiz» entstand in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Landesmuseum und der Keller Fahnen AG. Es veranschaulicht auf einzigartige Weise die Geschichte der schweizerischen

Heraldik. Zu Beginn werden Geschichte und Entwicklung des Schweizerkreuzes in Wappen und Fahnen erläutert. Die einzelnen Kapitel über die Hoheitszeichen der Kantone gliedern sich in einen heraldischen, siegelkundlichen sowie in einen fahnenkundlichen Teil.

PD

«Wappen und Fahnen der Schweiz», Keller Fahnen AG, 3315 Bätterkinden, Grossformat 22x28,5 cm; 164 Seiten, Fr. 58.–.



Die Ausgangslage für den Wahlkampf über die neue Bundesfinanzordnung ist spannend. Während das Gewerbe und Teile der Wirtschaft dagegen votieren, unterstützen die Banken die Reform. (Photos Keystone)

«Der Vorwurf der Wirtschaft ist mir unverständlich»

Am 2. Juni 1991 stimmen wir über eine neue Bundesfinanzordnung ab. Nach 1977 und 1979 ist dies der dritte Anlauf, die Warenumsatzsteuer durch eine moderne Konsumsteuer zu ersetzen. Teile der Wirtschaft haben der Revision bereits den Kampf angesagt. Die Banken hingegen stehen hinter der Neuordnung. Der Finanzexperte und Zuger FDP-Nationalrat Dr. Georg Stucky gibt Auskunft über die komplexe Vorlage.

Interview:
Anna-Marie Kappeler

Die Bundesfinanzreform, über die am 2. Juni abgestimmt wird, ist eine für Laien schwierige Vorlage. Worum geht es im wesentlichen?

Georg Stucky: «Es geht um eine Modernisierung unseres Steuersystems, das noch immer auf dem Notrecht der beiden Weltkriege basiert. Insgesamt enthält das Paket drei Teile:

- die Einführung der Mehrwert- anstelle der Warenumsatzsteuer (Wust);

- eine Revision des Stempelabgabegesetzes;

- einen einzigen Artikel, den Steuertarif für juristische Personen aus dem sonst unbestrittenen Gesetz über die direkte Bundessteuer.»

Warum ist die Reform der Bundesfinanzen nötig?

Georg Stucky: «Die Wust benachteiligt alle Warenproduzenten, weil sie bereits die Anlagegüter und Betriebsmittel zur Produktion belastet, somit durchschnittlich ein Steueranteil von gegen 2 Prozent schon im Warenpreis enthalten ist (Taxe occulte). Der Konsument muss auf diesem Preis nochmals die volle Wust tragen.

Auch sonst enthält das System überholte Annahmen, z. B. geht es davon aus, dass die Marge bei allen Detaillisten immer 50 Prozent des Warenpreises beträgt (darum ein Grossistensatz von 9,3 Prozent, der Detaillistensatz von 6,2 Prozent).

Bei der Stempelsteuer haben die hohen, unzweckmässigen

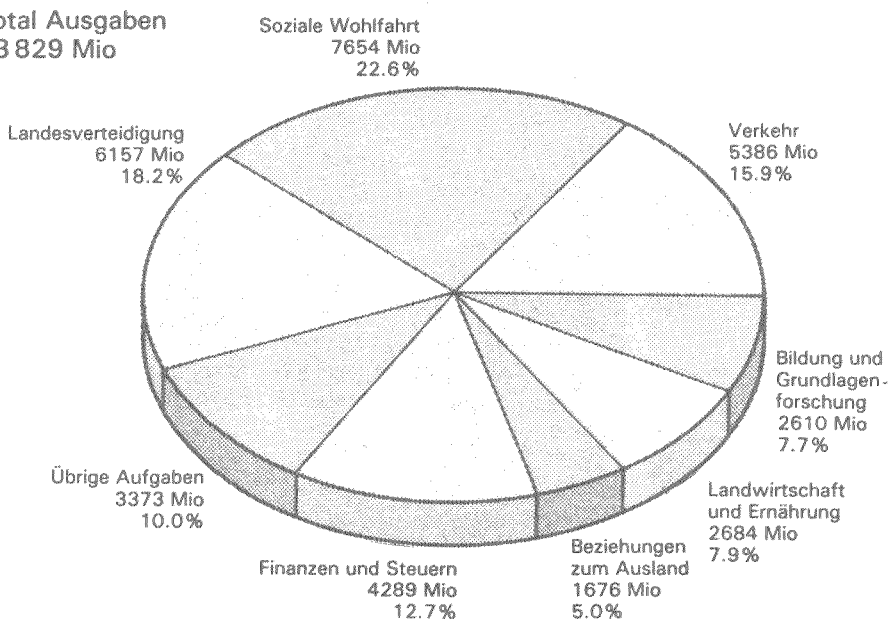


Nationalrat Georg Stucky: «Die zentralen Anliegen der Wirtschaft haben Eingang in die Vorlage gefunden.» (Photo ruti)

Fortsetzung auf Seite 6

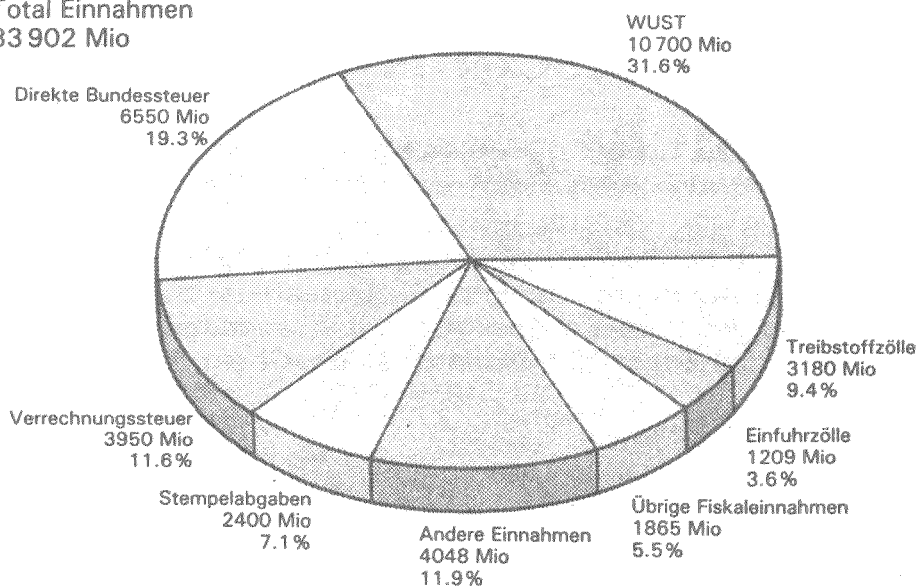
Die wichtigsten Bundesaufgaben (Voranschlag 1991)

Total Ausgaben
33 829 Mio



Die wichtigsten Bundeseinnahmen (Voranschlag 1991)

Total Einnahmen
33 902 Mio



gen Abgaben dazu geführt, dass ganze Geschäftssparten – etwa der Geldmarkt – ins Ausland abgewandert sind, der Finanzplatz Schweiz also erhebliche Einbussen erlitten hat (was auch bereits zu einer Stagnation der Steuereinnahmen führte).

Es geht aber bei der Reform nicht darum, dem Bund höhere Einnahmen zu verschaffen. Nach neusten Schätzungen geht die Übung neutral auf – zu Beginn ein Ausfall, fünf Jahre nach Einführung der Mehrwertsteuer möglicherweise ein leichtes Plus.»

Welche Auswirkungen hat die neue Finanzreform für einen Angestellten, für Gewerbetreibende, für die Wirtschaft überhaupt?

Georg Stucky: «Für die Wirtschaft fällt endlich die Taxe occulte weg, die namentlich im Export zu Wettbewerbsnachteilen führt.

Der Gewerbetreibende wird ebenfalls diese Schattensteuer los und kann den Abzug der Vorsteuern geltend machen, sofern er sämtliche getätigten Geschäfte in seinen Büchern aufführt (das macht gewissen Gewerblern offenbar Schwierigkeiten!).

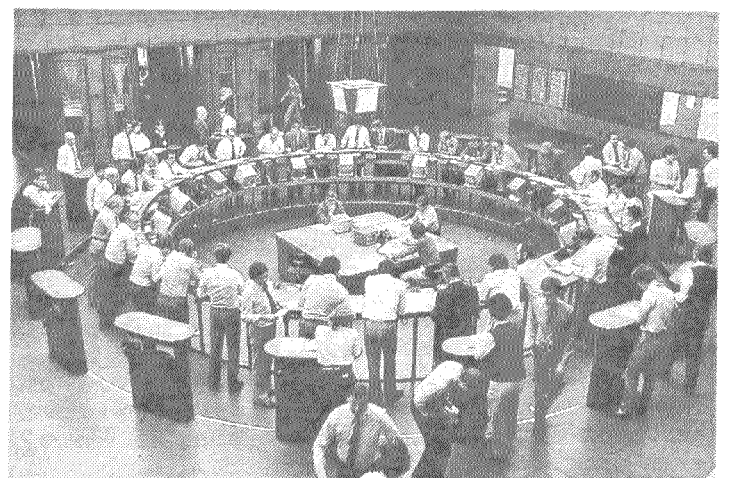
Der Konsument muss in Zukunft auch Mehrwertsteuer für Dienstleistungen zahlen (immer 6,2 Prozent), also für Leistungen von Wirten, Anwälten, Architekten usw. Diese freien Berufe bekämpfen deshalb die Reform.»

Worum geht es?

Mit einer Verfassungsänderung sollen die Bundesfinanzen neu geordnet werden. Die bisherige Warenumsatzsteuer wird durch eine moderne Umsatzsteuer ersetzt, welche Mehrfachbesteuerung vermeidet und den Dienstleistungsbereich einbezieht. Die neue Finanzordnung verbessert

die Rahmenbedingungen der Wirtschaft und erleichtert die zukünftige Finanzierung der AHV-Renten.

Die Steuersätze blieben unverändert in der Verfassung verankert. Mit der Annahme der Vorlage verknüpft sind u. a. steuerliche Erleichterungen für den Finanzplatz. □



Nationalrat Georg Stucky: «Bei der Stempelsteuer haben die hohen Abgaben dazu geführt, dass ganze Geschäftssparten ins Ausland abgewandert sind.» (Photo Keystone)

Der Wirtschaftsdachverband Vorort hat bereits die Nein-Parole gefasst. In der Zeitung «Bund» vom 6. April 1991 wirft Vororts-Direktor Kurt Moser den Parlamentariern vor, sie hätten sich über die zentralen Anliegen der Wirtschaft hinweggesetzt. Was sagen Sie zu diesem Vorwurf?

die neue Finanzordnung am 2. Juni vom Volk abgelehnt wird? Glauben Sie, dass dieser Fall eintreten könnte?

Georg Stucky: «Der Vorwurf ist mir unverständlich, weil gerade die zentralen Anliegen der Wirtschaft Eingang in die Vorlage gefunden haben. Zugegeben – in Nebenpunkten mussten wir einen Kompromiss eingehen: 8 Prozent fester Steuersatz für die Gewinne der juristischen Personen statt Renditebesteuerung von heute zwischen 3,63 und 9,8 Prozent; zusätzliche Aufstockung der Mehrwertsteuer um maximal 3 Prozent, falls dies aus demographischen Gründen zur Begleichung der AHV-Rechnung notwendig ist, aber nur vorübergehend und mit referendumpflichtigem Beschluss; Stempelsteuer auf den Prämien der Lebensversicherungen.

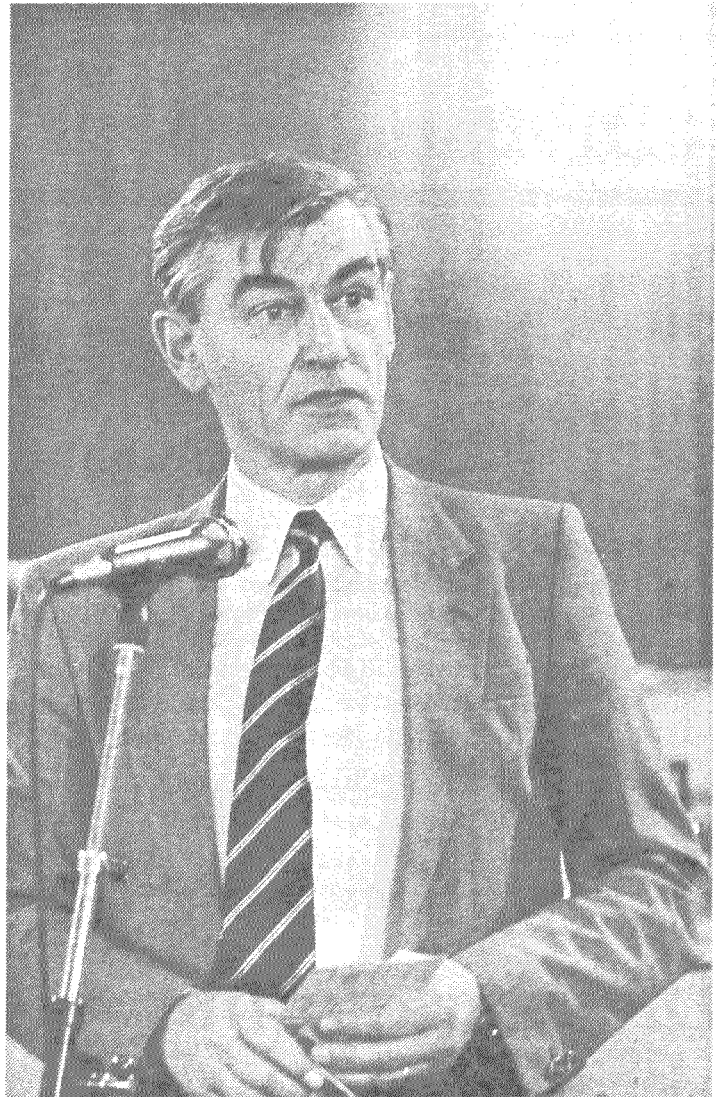
Die Kröten, die die Linke schlucken muss, etwa die Reduktionen beim Stempel, die stärkere Gewichtung der indirekten statt der direkten Steuern, dürften garstiger sein.»

Was würde es für die Schweiz bedeuten, wenn

Georg Stucky: «Ich hoffe nicht, dass ein Nein herauskommt, auch wenn viele Hunde des Hasen Tod sind. Ein Nein würde die Verlängerung der geltenden Ordnung bringen, aber unserer Europafähigkeit ein schlechtes Zeugnis ausstellen, denn sämtliche EGT-Länder kennen nur die Mehrwertsteuer. Wir würden zudem daran festhalten, dass das Arbeitseinkommen weiterhin stärker zur Besteuerung herangezogen wird als der Konsum, und dabei reden wir immer vom Verursacherprinzip!

Eine Vorlage aber, wie sie dem Vorort vorschwebt – also die Mehrwertsteuer kombiniert mit der Stempelgesetzrevision –, dürfte eine Illusion bleiben, weil garantiert von der Linken vehement bekämpft, nicht zuletzt mit dem Argument, die Mehrwertsteuer sei vom Volk bereits dreimal abgelehnt worden. Zudem würde die Gegnerschaft aus dem bürgerlichen Lager – Wirte, Anwälte, Architekten, Bauleute – einmal mehr ins Nein-Lager abschwanken.

Die Stempelrevision müsste man wohl kaum nochmals bringen, denn die Finanzgeschäfte sind dazumal endgültig ins Ausland abgeschwommen, der Schaden am Finanzplatz irreparabel.» □



Nationalrat Georg Stucky: «Ein Nein würde unserer Europafähigkeit ein schlechtes Zeugnis ausstellen. Zudem würden wir daran festhalten, dass das Arbeitseinkommen weiterhin stärker zur Besteuerung herangezogen wird als der Konsum. Die Stempelrevision schliesslich müsste man kaum nochmals bringen, weil dann die Finanzgeschäfte endgültig ins Ausland abgeschwommen wären.» (Photo ruti)

Änderung des Militärstrafgesetzes

Volk und Stände haben 1984 zum zweitenmal innert sechs Jahren die Einführung eines Zivildienstes klar verworfen. Im grossen und ganzen dürfte man sich aber dennoch darüber einig sein, dass Dienstverweigerer entkriminalisiert werden sollen. In Beantwortung verschiedener parlamentarischer Vorstösse hat der Bundesrat deshalb seine Vorstellungen über das weitere Vorgehen dieser Frage entwickelt. Am 2. Juni 1991 wird darüber abgestimmt.

Diese Vorstellungen sehen nun so aus: Der Begriff des «Dienstverweigerers aus Gewissensgründen» wird erweitert, indem nicht nur «schwere Gewissensnot», sondern «Unvereinbarkeit mit dem Gewissen» als Privilegierungskrite-

rium im Strafvollzug verlangt wird. Hingegen soll auch in Zukunft nur privilegiert werden, wer aus religiösen oder ethischen Gründen den Militärdienst verweigert hat. Die Gefängnis- oder Haftstrafe soll neu durch eine Arbeitsver-

pflichtung im öffentlichen Interesse ersetzt werden. Um den Erfordernissen der Entkriminalisierung voll zu entsprechen, soll die Arbeitsverpflichtung nicht mehr ins Zentralstrafregister eingetragen werden. Das Gericht soll inskünftig Waffenverweigerer aus Gewissensgründen, die den Dienst verweigert haben, zum Dienst ohne Waffe anhalten, sofern diese dazu bereit sind.

Gegen diese Barras-Reform, genannt nach dem Präsidenten der Studienkommission, Brigadier Raphael Barras, wurde gleich von zwei Seiten das Referendum ergriffen. Armeegegegner empfinden das auf «Gewissensprüfung» beruhen-

de Verfahren sowie den Tatbeweis durch Arbeit im öffentlichen Interesse als Verschärfung der bisherigen Praxis. Einem rechtsstehenden Komitee geht die Barras-Reform hingegen zu weit.

Wie auch das Schweizervolk am 2. Juni in dieser Frage entscheiden wird, der Themenkreis Dienstverweigerung, Zivildienst und Dienstpflicht wird so oder so erneut auf den Tisch kommen. Nicht weniger als fünf Initiativen (Parlamentarische Initiativen der SP und der PdA, Standesinitiative des Kantons Genf, Initiative der CVP und der Arbeitsgruppe Napf) zeigen, dass nach Lösungen noch gesucht wird.

Anna-Marie Kappeler

Veranstaltung

FDP-Parteitag 1991

Freitag, 26. April 1991

14.30 Uhr **Delegiertenversammlung im Kongresszentrum Eurotel, Grand Places 14**
Zielsetzung 91/95
Beratung und Verabschiedung

19.30
 20.00 **Unterhaltungsabend der FDP Freiburg**
 im Comptoir de Fribourg

Samstag, 27. April 1991

9.00 Uhr **Delegiertenversammlung im Kongresszentrum Eurotel, Grand Places 14**
Statutarische Geschäfte
Zielsetzungen 91/95 (Fortsetzung)

12.45 Mittagspause

14.00 *Eidgenössische Abstimmungsvorlagen vom 2. Juni 1991:*
 - *Neue Bundesfinanzordnung*
 - *Revision des Militärstrafgesetzes*

ca. 17.00 *Apéritif*
 Zum Parteitag sind alle FDP-Mitglieder eingeladen.

Anmeldetalon für den Parteitag 1991

Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Ich wünsche eine Zimmerreservation.

Talon einsenden an:
 FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern,
 Tel. (031) 22 34 38.

Die Marktkräfte verändern

Rund 120 Vertreter Liberaler Baugenossenschaften und Gäste hielten in Uitikon Waldegg bei Zürich ihre 26. Delegiertenversammlung ab. Nach der Behandlung der statutarischen Geschäfte sprach FDP-Nationalrätin Vreni Spoerry (ZH) über Deregulierungen im Wohnungsbau.

Anton A. Oetterli

In seinem Jahresbericht kam Verbandspräsident Dr. Alexander Wili, Kriens, auf die besonderen Aufgaben der Baugenossenschaften zu sprechen, die durch mehrmalige Erhöhungen der Hypothekarzinsen, die Teuerung, die hohen Ansprüche an den Wohnkomfort und das Bevölkerungswachstum immer wichtiger werden.

Alle Wohnbaugenossenschaften seien dringend aufgerufen, neuen Wohnraum zu schaffen und preisgünstiger abzugeben, als private Investoren zurzeit in der Lage seien. Sie sind auch aufgerufen, den

am Wohnungsbau beteiligten Unternehmungen ein Mindestmass an Beschäftigung zu garantieren, wenn andere Auftragnehmer wegfallen.

Starkes Wachstum

Im Verband der Liberalen Baugenossenschaften sind gegenwärtig 167 Wohnbaugenossenschaften mit 9819 Mitgliedern und 6492 Wohnungen zusammengeschlossen. Allein im laufenden Jahr wurden zwölf neue Genossenschaften in den Verband aufgenommen.

Deregulierungen

Nach Schluss der Delegiertenversammlung sprach Nationalrätin Vreni Spoerry über De-



Für ihr ausgezeichnetes Referat über Deregulierungen im Wohnungsbau durfte Nationalrätin Vreni Spoerry von Verbandspräsident Dr. Alexander Wili einen Blumenstrauss entgegennehmen.
 (Photo Anton A. Oetterli)

regulierungen im Wohnungsbau. Engagiert ging sie auf die Fehler der Vergangenheit ein, die zur heutigen misslichen Situation geführt haben. Zu viel habe man sich von staatlichen Eingriffen versprochen, statt das Angebot und die Nachfrage vermehrt über den Markt zu regulieren. Allerdings gestand auch sie zu, dass dies leichter gesagt als gemacht sei. Da die Ursachen des gestörten Wohnungsmarktes tiefer liegen, sollte man nicht nur die Symptome bekämpfen,

sondern die Marktkräfte verändern.

Als geeignete Massnahmen dafür sah sie die Änderung baurechtlicher Vorschriften, eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Bausubstanz, eine Abkürzung des Baubewilligungsverfahrens und ganz allgemein weniger Perfektionismus. Als flankierende Massnahmen trat sie für erhöhte Besteuerung kurzfristiger Spekulationsgewinne und die verstärkte Förderung gemeinnütziger Bauträger ein. □



Ständeratspräsident Arthur Hänsenberger zusammen mit der ebenfalls freisinnigen Sekretärin des Ständerates, Annemarie Huber. (Photo ruti)

Den Stellenwert des Parlaments im Jubiläumsjahr markieren: Dies bezweckt die Jubiläumssondersession der Bundesversammlung am 2./3. Mai, wie Ständeratspräsident Arthur Hänsenberger (FDP/BE) darlegt.

«Wir sind auch noch da»

Interview
Markus Hächler

Sie werden am 2. Mai als Ständeratspräsident die erste Jubiläumssondersession in der Geschichte des Bundesrats miteröffnen. Mit welchen Gefühlen?

Arthur Hänsenberger: «Mit Dankbarkeit, denn es braucht ungeheuer viele Zufälle, um ins Parlament und dann noch im Jubiläumsjahr in ein solches Amt gewählt zu werden. Und mit Stolz auf unser Land, wo zwar nicht alles in Ordnung, aber sehr vieles sehr gut ist.»

In der Maisession kommen keine formellen Geschäfte zur Sprache, ausser den Schlussabstimmungen zur AHV-Ergänzungszulage von 700 Franken und zum neuen Landschaftsschutzfonds. Welches ist der eigentliche Zweck der Jubiläumsveranstaltung?

Arthur Hänsenberger: «Dass wir keine grosse Diskussion führen, hängt mit dem Anlass selbst zusammen. Wir wollen keine Sondersession, die man als weitere Belastung betrachten muss. Das ist mehr eine Selbstbestätigung des Parlaments, nach dem Motto: Wir

sind auch noch da und haben unsere Bedeutung.»

Freuen Sie sich auf die umstrittene Dürrenmatt-Theateraufführung im Nationalratssaal?

Arthur Hänsenberger: «Die Komödie «Herkules und der Stall des Augias» ist hochinteressant und ungeheuer aktuell, wenn man nur ein bisschen zwischen den Zeilen liest. Der geniale Dürrenmatt redet in diesem Stück gerade uns Politikern hart ins Gewissen. Mir gefällt die Aussage, dass die grossen Helden nichts nützen, dass es viele kleine Schritte und persönliches Engagement braucht, um aus Mist Humus zu machen. Im Parlament und in der Bevölkerung wird das manchen vielleicht etwas sauer aufstossen, aber dann werden sie sich sagen, doch, sie haben Humor und stellen sich selbst in Frage. Schliesslich ist ein richtiges Theater im Nationalratssaal eine Weltpremiere.»

Zahlreiche Milizparlamentarier sehen sich an der Grenze ihrer Belastbarkeit. Geht es Ihnen auch so?

Arthur Hänsenberger: «Je älter ich werde, desto mehr komme ich zum Schluss: Wenn Sie etwas rasch erledigt haben wollen, übergeben Sie es jemandem, der viel zu tun hat. Ich arbeite gut unter Druck. Aber Sie haben recht, es gibt

Grenzen, zeitliche Grenzen, über die Sie nicht hinausgelangen können. Diese Grenze ist beim Schweizer Milizparlament nahezu erreicht.»

Ist das Milizparlament mittelfristig überlebensfähig?

Arthur Hänsenberger: «Ich möchte es hoffen.»

Sie stehen im zwölften und letzten Amtsjahr als Ständerat. Wo sehen Sie die auffallendsten Veränderungen im Politklima seit 1979?

Arthur Hänsenberger: «Ich kann es nur vom Ständerat her beurteilen. Dort wird heute mehr gesprochen. Früher war es üblich, nur dann das Wort zu ergreifen, wenn man einen Antrag stellte, unterstützte oder bekämpfte. Heute wird zunehmend zuhänden des Protokolls oder bloss zuhänden der Presse einfach eine Meinung dokumentiert.»

Das finden Sie falsch?

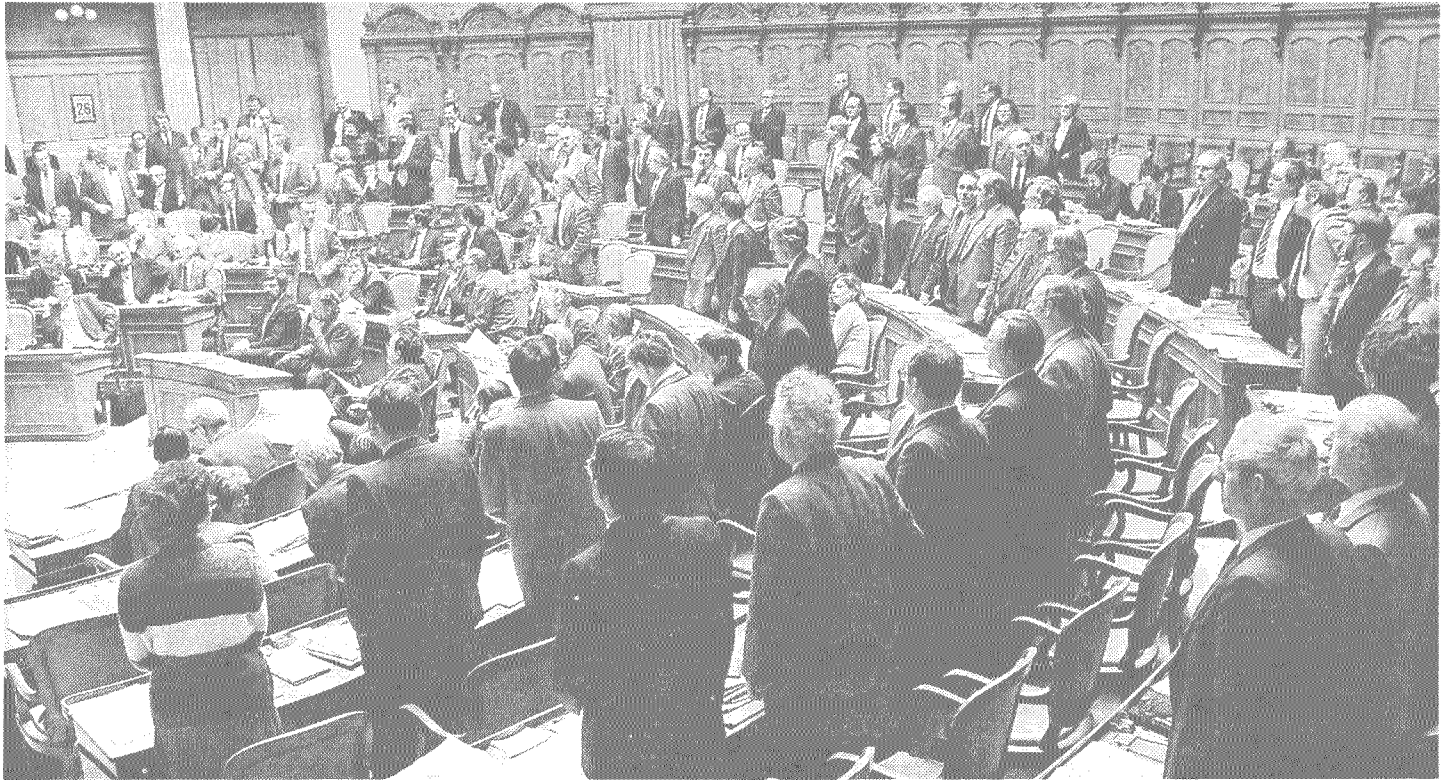
Arthur Hänsenberger: «Das Schöne am Ständerat schien mir immer, dass da eine Menge Leute sitzen, denen es egal ist, ob sie in der Zeitung erwähnt werden, denn in ihrem Kanton werden sie so oder so gewählt. Im kleineren Ständerat ist es zudem möglich, wirklich miteinander zu diskutieren. Und natürlich werden Stände-

räte in den – kleineren – Kommissionen stärker gefordert: Jedes Mitglied muss Stellung nehmen. Da können Sie nicht mit ungelesenen Akten zur Sitzung erscheinen, die lieben Kollegen würden Ihnen sofort den Tarif erklären! Der Ständerat ist ein schönes Parlament.»

Falls der Kanton Bern keine Amtszeitbeschränkung hätte, würden Sie noch gerne vier Jahre anhängen?

Arthur Hänsenberger: «Jetzt haben Sie mich gründlich missverstanden. Auch wenn der Kanton Bern die Zwölfjahresbeschränkung nicht hätte, hätte ich mit 64 Jahren genug. Mir ist es recht, dass ich aufhören kann. Ich habe Kinder und Grosskinder. Und ich habe noch lange nicht alles gelesen, was ich gerne möchte. Die Sprache an sich fasziniert mich. Wäre ich nicht Notar geworden, dann wohl Germanist.» □

Der Berner freisinnige Ständeratspräsident Arthur Hänsenberger ist ein hinter-sinniger Sprücheklopfer. Er pflegt sie in bestem Bern-deutsch vorzutragen. Zum Beispiel den: «Ein guter Politiker verspricht viel, dass er seine Versprechen einhält.» Oder den: «Politik verdirbt den Charakter – vorausgesetzt man hat einen.»



Mit jedem Problem, das Politiker zu lösen glauben, werden neue heraufbeschworen, die dann wiederum der Lösung harren. Die Folge davon – eine Gesetzesflut. (Photos ruti)

Gesetzesflut: Weniger Perfektion, mehr Qualität und Vertrauen

Als kürzlich ein Wirtschaftsmann öffentlich verlangte, für jedes neugeschaffene Gesetz seien zwei alte aufzuheben, musste ich unwillkürlich an die Sage von Herakles denken. Bekanntlich war dieser Held der griechischen Mythologie beauftragt, die Hydra zu besiegen. Dieses vielköpfige Ungeheuer erschien darum unüberwindbar, weil bei jedem Kopf, der ihm abgeschlagen wurde, zwei neue heranwuchsen. Die Situation der Politiker ist nicht unähnlich. Mit jedem Problem, das sie zu lösen glauben, werden neue heraufbeschworen, die dann wiederum der Lösung harren.

**Nationalrätin
Lili Nabholz (ZH)**

Das Thema der Gesetzesflut ist bei weitem nicht neu. Schon Buddha soll gesagt haben, dass in Zeiten, wo die Menschen schlechter werden und die wahre Lehre untergeht, die Zahl der Gesetzesregeln steige. Und von Tacitus wird die Sentenz überliefert: «Früher drückten uns die Laster, heute die Gesetze.» Es lohnt sich also ob der alten, immer wieder neu angestimmten Klage

nachzuprüfen, was es mit ihr auf sich hat.

Komplexe Zivilisation

Bereits 1975 hat sich der Staatsrechtler Professor Hans Nef in seiner Rektoratsrede äusserst differenziert mit dieser Frage auseinandergesetzt. Er hat dabei die landläufige Meinung, Gesetze hätten stets nur mit Einschränkungen der Bürger zu tun, stark relativiert: er erinnerte daran, dass Normen nicht primär und ausschliesslich die betroffenen Bürger binden und ihren Frei-

raum einengen, sondern dass sie vor allem das Ermessen der rechtsanwendenden Behörden einschränken sollen.

Gesetze dienen daher nicht in erster Linie der Vergrösserung der Bürokratie, sondern ihrer rechtsstaatlichen Einbindung. Mit anderen Worten: Gesetze sind nicht einfache Produkte von normierungswütigen Bürokraten und staatsbesessenen Politikern, sondern mit einer Folge der dauernden Perfektionierung des modernen Leistungs- und Sozialstaates.

Dieser moderne Leistungs- und Sozialstaat hat u. a. auch die Probleme, die unserer komplexen Zivilisation entstammen, normativ zu bewältigen. Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang etwa an den Regelungsbedarf im Bereich Umwelt, Energie, Datenschutz, Gentechnologie oder Fertilitätstechnik.

Es wäre nun allerdings allzu bequem und auch zu billig, wenn die Verantwortung für

die zunehmende Regelungs-dichte von der Ebene der Politik auf die Ebene der allgemeinen Zivilisationsdiskussion verschoben würde. Auch wenn mit der wachsenden Kompliziertheit unserer technisierten Welt und durch den sich immer schneller vollziehenden kulturellen und sozialen Wandel vermehrt Reibungsflächen erzeugt werden, die einer Ordnung bedürfen, ist nüchtern festzustellen, dass dies nicht als Alibi für ein allzu engmaschiges Netz, ausgelegt auf Perfektionismus, dienen darf.

Wir sind im gesetzgeberischen Bereich ja nicht einfach den sogenannten Sachzwängen unterworfen, sondern jederzeit frei, offener oder geschlossener, starrer oder flexibler, dichter oder durchlässiger zu legiferieren.

Frage nach der Tauglichkeit

Ich möchte eine zweite Überlegung anschliessen: Hinter Themen, die vordergründig als quantitative Probleme – im Sinn des Mehr oder Weniger – dargestellt werden, stecken

häufig Zweifel qualitativer Natur über das «Tauglich oder Untauglich», Zweckmässig oder Unzweckmässig». Übertragen auf mein Thema heisst dies, es gibt nicht einfach zu viele Gesetze, sondern es gibt taugliche oder weniger taugliche Regelungen.

- Wer über das Zuviel klagt, meint oft «untauglich» für den erstrebten Zweck.
- Letztlich ist nämlich die Akzeptanz einer bestimmten Regulierung davon abhängig, ob sie geeignet ist, das zu lösende Problem auch tatsächlich zu lösen.

Bei zunehmender Komplexität der Probleme besteht leider die Gefahr einer überschüssigen Reaktion durch Einsatz zwar gut gemeinter, im Effekt aber kontraproduktiver und damit untauglicher Normen. Dies mag mit der allgemeinen Tendenz zusammenhängen, Unsicherheiten zu reduzieren, Gefahren einzudämmen und Ungleichheiten durch neue Abgrenzungen von Rechten und Pflichten zu beseitigen.

Der Rechtsphilosoph Radbruch schildert den Teufelskreis mit folgenden Worten: «Je mehr Grenzen, um so mehr Grenzfälle, je mehr Grenzfälle, um so mehr Streitfragen, je mehr Streitfragen, um so mehr Rechtsunsicherheit.»

Streben nach Qualität

Müssen wir vor diesen Prozessen einfach resignieren, oder gibt es einen Weg aus der Normenfalle? Ich bin überzeugt, dass es im Bereich der Gesetzgebung sowenig wie anderswo nicht einfach den Weg zurück gibt. Auch Stagnation ist keine Lösung. Verbleibt die Strategie des Strebens nach Qualität. Auch im Bereich des Rechts sollte der Slogan vom qualitativen Wachstum gelten. Das ist zwar zunächst ein hohles Schlagwort, solange nicht nach Konkretisierung gesucht wird.

Was damit gemeint sein könnte, hat Professor Forstmoser an einem Seminar des Liberalen Institutes ausgeführt: Der Gesetzgeber muss vermehrt Vertrauen in die Fähigkeit des Bürgers entwickeln, selber zu seinem Recht zu sehen. Er ist dazu in der Lage, wenn die Voraussetzungen dazu erhalten beziehungsweise



Lili Nabholz: «Unser Hang zum Perfektionismus führt gelegentlich dazu, dass ein allzu differenziertes, ausgeklügeltes System von Normen eine Überforderung beim Vollzug bewirkt.»

se neu geschaffen werden. Der Gesetzgeber sollte aber auch mehr Vertrauen haben in die Fähigkeit des Richters, sachgerechte Entscheide anhand von gesetzlichen Richtlinien zu treffen, ohne in ein enges Korsett detaillierter Regeln gebunden zu sein.

Vertrauen

Das Stichwort Vertrauen lässt mich schliesslich einen letzten Bogen schlagen. Unser Hang

zum Perfektionismus führt gelegentlich dazu, dass ein allzu differenziertes, ausgeklügeltes, System von Normen eine Überforderung beim Vollzug bewirkt. Das ist weder gut für die Sache noch für die öffentliche Ordnung.

Auf Perfektionismus können wir aber nur verzichten, wenn wir bereit sind, vermehrt Lösungen auf Ver-

trauensbasis zu akzeptieren, selbst dann, wenn damit die Maximalziele nicht erreicht werden können. Dies täte vor allem dort not, wo wir uns eingestehen müssen, dass Probleme wegen ihrer vielfältigen wechselseitigen Verknüpfung und wegen der Unüberschaubarkeit von Neben- und Spätfolgen mit Regeln allein nicht bewältigt werden können. □



Gesetzesarbeit im Parlament: Lili Nabholz diskutiert mit den Nationalratskollegen Mario Grassi (CVP/TI, links) und Philippe Pidoux (FDP/VD).

Liberaler Internationale zu Gast in der Schweiz

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) ist die diesjährige Gastgeberpartei des Kongresses der Liberalen Internationalen. Am 6. und 7. September 1991 werden die Delegationen liberaler Parteien aus der ganzen Welt in Luzern tagen. Hugo Büttler, Chefredaktor der NZZ und Vizepräsident der LI, wird das Einführungsreferat zum Tagungsthema «Minderheiten» halten.

Der bisher jährlich stattfindende Kongress ist die Le-

gislativ der Liberalen Weltunion, welche eine Vereinigung von Parteien, Gruppen und Einzelmitgliedern ist, die sich zum Ziel gesetzt hat, die liberalen Werte und Prinzipien zu vertreten und zu fördern.

In jüngster Zeit, bedingt durch die Öffnung und die Liberalisierungstendenzen ehemaliger Ostblockstaaten, stösst die Liberale Weltunion insbesondere bei den noch jungen liberalen Parteien ost-europäischer Provenienz auf

reges Interesse. Der Zulauf dieser Parteien wird voraussichtlich das Bild zukünftiger Kongressveranstaltungen merklich beeinflussen.

Zeit- und ortsgleich zum Kongress der Liberalen Internationalen wird die Fraktion der FDP ihre vorsektionale Sitzung abhalten. Eine günstige Gelegenheit für die Parlamentarier, dem Kongress einen Besuch abzustatten. Die FDP der Schweiz hat zudem die Mitglieder ihrer Ausschüsse «Staatspolitik» und «Aussenpolitik» zur Beteiligung am Kongress angefragt. Der Teilnahmepreis für den zweitägigen Kongress beträgt Fr. 180.–.

ES

FDP-Position

EG und Neat

Die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung bekräftigt ihre Ansicht, dass die Neat nur dann realisiert werden soll, wenn ein Transitvertrag zwischen der Europäischen Gemeinschaft (EG) und der Schweiz zustande kommt. Die FDP-Fraktion hat diese Forderung durch ein entsprechendes Postulat unterstrichen. Darin fordert sie den Bundesrat auf, den EG-Behörden diese Haltung mit Nachdruck darzulegen. Die FDP vertritt auch weiterhin die Meinung, dass die Schweiz an der 28 t Limite festhalten soll. □

Tag der FDP-Frauen

20 Jahre Frauenstimmrecht, zehn Jahre gleiche Rechte für Mann und Frau

Frauen in einer veränderten Welt

Schwerpunkte für eine aktive Zukunftsgestaltung: Für eine Zukunft mit mehr Lebensqualität, mehr Chancengleichheit, mehr Partnerschaft

Freitag, 24. Mai 1991, 10.15 bis 17.15 Uhr, Ausbildungszentrum Seepark in Thun

Tagungsleitung: Ursula Widmer-Schmid, Bundesrichterin

Programm

STANDORTBESTIMMUNG

Teil I: Wandel der Werte – Wandel der Lebensgrundlagen

- Gesellschaftlicher Wandel – Herausforderung für Frauen
Prof. Dr. Kurt Lüscher, Universität Konstanz
- Politische Anliegen in einem veränderten politischen Umfeld
Françoise Saudan, Kantonsrätin, Genf

ZUKUNFTSAUFGABEN:

ERARBEITEN VON LÖSUNGSVORSCHLÄGEN

Teil II: Neue Aufgaben in Bildung, Arbeit, Familie und im Sozialbereich

- Gesellschaftliche Veränderungen – Wie weiter? Fakten und Trends.
Anita E. Calonder Gerster, Betriebspsychologin FSP, Zuzikon

Teil III: Politische Wege zu mehr Lebensqualität, mehr Chancengleichheit, mehr Partnerschaft

- Gruppe 1: Gesellschaft/Familie
Leitung: Geneviève Aubry, Nationalrätin
- Gruppe 2: Arbeitswelt
Leitung: Lili Nabholz, Nationalrätin
- Gruppe 3: Soziale Sicherheit und Gesundheitswesen
Leitung: Verena Spoerry, Nationalrätin
Trix Heberlein, Nationalrätin
- Gruppe 4: Bildungswesen
Leitung: Rosemarie Antille, Nationalrätin
Susi Eppenberger, Nationalrätin

Teil IV: Diskussion und Verabschiedung der Vorschläge im Plenum

Ziel

Die Tagungsergebnisse werden in einem Grundsatzdokument zusammengefasst, das als Stellungnahme der FDP-Frauen gilt. Sie dienen als Grundlage für die Umsetzung gesellschaftlicher und politischer Anliegen der FDP-Frauen.

Teilnehmerinnen

FDP-Frauen, Parlamentarierinnen, Mandatsträgerinnen auf den Ebenen Bund, Kantone, Gemeinden.

Anmeldetalon

Ich melde mich an für den Tag der FDP-Frauen vom 24. Mai 1991 in Thun

Name/Vorname _____

Adresse _____

PLZ _____ Ort _____

Telefon _____

Ich möchte in folgender Gruppe mitarbeiten
oder in zweiter Priorität in der Arbeitsgruppe
(Bitte entsprechende Zahl ankreuzen)

1	2	3	4
1	2	3	4

Die Anmeldung ist an folgende Adresse zu senden:

FDP-Generalsekretariat
z. Hd. Frau Marie-Louise Baumann
Postfach 6136, 3000 Bern
Tel. (031) 22 34 38

Anmeldeschluss: 27. April 1991



Frauen in der Öffentlichkeit, wie hier Stéphanie Mòvikofer Zwez, Präsidentin der FDP-Arbeitsgruppe Fortpflanzungsmedizin/Gentechnologie, sind noch immer eine Minderheit. (Photo ruti)

Arbeit der Frau in der Öffentlichkeit

«Wenn man mich in einem Gremium haben will, frage ich, wo die zweite Frau ist.» Mit diesen Worten brachte die Politologin Thanh Huyen Ballmer-Cao das Problem der permanenten Untervertretung von Frauen in politischen Entscheidungsgremien zur Sprache. Auf Einladung der FDP-Frauengruppe Graubünden referierte die Privatdozentin der Universität Zürich und Mitverfasserin des Berichtes «Nehmen Sie Platz Madame» zur sozio-politischen Situation der Frau in der Schweiz.

Monika Werder*

Es ist ein Teufelskreis. Je weniger Frauen in der Politik sind, desto mehr müssen sie in den Gremien arbeiten. Zudem ist die Meinung, dass Frauen in politischen Ämtern die Frauen schlechthin vertreten, immer noch weit verbreitet. Dass Frauen ebenso vielseitig sind wie Männer und deshalb Anspruch auf eine ebenso vielseitige Vertretung haben, wird noch kaum zur Kenntnis genommen. Warum ist es nach zwanzig Jahren Frauenstimm-

recht immer noch so schwer, durch die offene Türe einzutreten? Mit den richtigen Voraussetzungen im richtigen Moment zu kommen, das ist für alle dieselbe Voraussetzung. Die Frauen brauchen aber für den Einstieg und den Verbleib in einem politischen Amt vermehrt die Zustimmung der Familie und ihrer Umwelt. Die Frauen sind sozialisiert im privaten Bereich. In der Wirtschaft und Politik gelten aber andere Spielregeln.

Wie aus wissenschaftlichen Untersuchungen hervorgeht,

setzt nach wie vor weitgehend der Vater politische Präferenzen und auch Vorurteile. «Zur Rolle der Mutter verhalten sich die Wissenschaftler diskret», gab die zierliche Mutter von drei Kindern ihre Erfahrungen mit ihren Arbeitskollegen weiter. Eine erweiterte aktive Mutterrolle über die traditionellen Vorstellungen hinaus prägte jedoch das Rollenverständnis sowohl bei den Mädchen wie auch den Knaben. Es liege aber auch an den Männern, mit Toleranz erweiterte Frauenrollen zuzulassen, zu akzeptieren, die entsprechenden familiären Konsequenzen zu ziehen und den erforderlichen Anteil zu übernehmen.

Die Mühlen mahlen langsam. Gesetzlich festgelegte Rechte sind noch lange nicht unbedingt Realität im Denken und Verhalten der Menschen. Politische Arbeit sollte nach Ansicht der Referentin geschlechtsneutral sein. Ballmer-Cao denkt bei Politikerinnen an Seiltänzerinnen. Sie haben sich äusserst geschickt zu verhalten im Spannungsver-

hältnis zwischen Politik, Familie und Arbeitswelt. □

* Vizepräsidentin der FDP-Kreispartei Churwalden, Sekretariat der FDP-Frauengruppe Graubünden, Mitglied des Zentralvorstandes, der Ausschüsse Frauen sowie Medienpolitik und Öffentlichkeitsarbeit.

SVFF

Die Delegiertenversammlung der Schweizerischen Vereinigung der Freisinnig-Demokratischen Frauen (SVFF) vom 21. März 1991 hat in Bern beschlossen, sich vom Frauenstreik vom 14. Juni 1991 zu distanzieren. Zwar ist die SVFF der Ansicht, dass in Sachen Gleichberechtigung noch vieles zu unternehmen ist, dass aber nicht vergessen werden darf, was alles schon erreicht worden ist. Vor allem ist die SVFF der Meinung, dass ein Streik nicht das richtige Mittel ist, um zum Ziel zu kommen. Im Gegenteil könnte ein Frauenstreik den Interessen der Frauen schaden. Für besonnene Frauen ist ein Streik keine tragfähige politische Ausdrucksform. □

Frauenstreik vom 14. Juni 1991

Das Forum freisinniger Frauen im Kanton Solothurn und die Arbeitsgruppe Frauen der FdP des Kantons Solothurn sind erstaunt über die Distanzierung der Schweizerischen Vereinigung der Freisinnig-Demokratischen Frauen (SVFF) zum Frauenstreik 1991 und vor allem über den Ton der entsprechenden Verlautbarung (s. S. 13). Wir Solothurnerinnen verstehen die geplante Aktion sehr gut, ist doch die vor genau zehn Jahren vom Schweizer Stimmvolk gutgeheissene Verankerung der Gleichberechtigung von Frau und Mann in der Verfassung bis heute in grossen Teilen eine schöne Theorie geblieben.

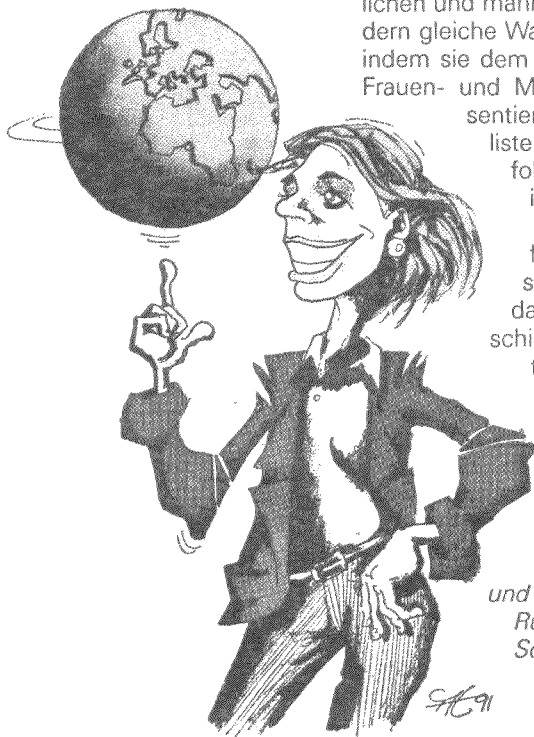
Wir verstehen die Jubiläumsaktion nicht als Streik im üblichen Sinn. Ohne Forderungskatalog und Erpressungscharakter soll diese Demonstration unter dem Motto «Wenn Frau will, steht alles still» sichtbar machen, wo die Frauen überall im Einsatz stehen.

Ziel der zwar ungewöhnlichen, aber nötigen und publizitätswirksamen Aktion ist die Verbesserung der Stellung der Frau in unserer Gesellschaft;

sie richtet sich weder gegen den männlichen Arbeitskollegen noch gegen die Arbeitgeber. Die Verwirklichung der verfassungsmässig garantierten Rechte hilft insbesondere den weniger begünstigten Frauen.

Wir Solothurnerinnen erklären uns solidarisch mit den Anliegen des Frauenstreiks und hoffen, dass die Aktion auch uns freisinnige Frauen sensibilisiert und motiviert, uns im Rahmen unserer Möglichkeiten für dieses Ziel einzusetzen. Wir können nicht von den Männern allein verlangen, dass sie uns zur gewünschten Gleichberechtigung verhelfen. Zur Verwirklichung der Gleichbehandlung am Arbeitsplatz, in der sozialen Sicherung und in der Politik braucht es mehr Frauen in Chefetagen und politischen Ämtern; Frauenpräsenz muss in allen Arbeitsgebieten und Verantwortungsbereichen zur Selbstverständlichkeit werden.

In diesem Wahljahr 1991 haben wir die Möglichkeit, auf politischer Ebene die Frauenpräsenz zahlenmässig zu verbessern. Die FdP des Kantons Solothurn räumt ihren weiblichen und männlichen Mitgliedern gleiche Wahlchancen ein, indem sie dem Wähler je eine Frauen- und Männerliste präsentiert. Die Frauenliste kann nur Erfolg haben, wenn ihr die Frauen dazu verhelfen, und wir sind überzeugt, dass die verschiedenen Aktivitäten in diesem vielseitigen Gedenkjahr 1991 die Frauen solidarisieren.
*Im Namen des Forums und der AG Frauen,
 Ruth Döbeli,
 Schönenwerd*



WENN FRAU WILL, STEHT ALLES STILL!

Der Frauenstreik am 14. Juni 1991 bewegt die Gemüter auch innerhalb der FDP.

Das ist Ihre Seite

Mit der Frage «Was meinen Sie?» ist diese Seite bezeichnet. Das ist denn auch Ihre Seite. Schreiben Sie dem «Freisinn», was Sie zu Beiträgen meinen, was Sie über politische Themen denken, was Sie für Ideen haben.

Beiträge im «Freisinn» werden gelesen, in der Verwaltung, von Politikern. Öfters schon hat sich via Parteizeitung ein freisinniger Brief-

wechsel über die Kantons- grenzen hinweg entwickelt. Die Auflage beträgt immerhin stolze 80 000! – Noch etwas. Bemühen Sie sich, sich kurz zu fassen. Sie kennen die Bitte auf jeder Leserbriefseite.

Ihre Briefe richten Sie an: «Freisinn», FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern. □

FDP Schweiz zwischen Utopie, Ideologie und Wirklichkeit

Zwei bedeutsame Volksentscheide feiern dieses Jahr einen runden Geburtstag. Beide galten der längst fälligen Aufwertung weiblichen Wirkens in Gesellschaft und Staat. So weitgehend problemlos wie die politische Mündigkeit der Frauen lässt sich jedoch der Gleichberechtigungsartikel nicht ins Alltagsleben integrieren.

Verfassungsbestimmungen sind Bekenntnisgrundsätze zu einer Gesellschaftsordnung nach einem bestimmten Menschenbild mit dem Ziel, ein ihm gemässes Leben zu ermöglichen. Mit dem Erfolg einer massgeblich von progressiven Kräften beeinflussten Verfassungsänderung hat sich ein gesellschaftspolitisch und weltanschaulich fremdes, nicht unserer Staatsidee entsprechendes Element eingeschlichen. Sein vorwiegend materialistisch-funktionsorientiertes Menschenbild entbehrt der entscheidenden geistig-seelischen Merkmale ganzheitlichen Menschseins. Seiner Vorstellung des Menschen in mechanistischer Ersatzteilkonstruktion entsprechend entartet bisweilen der ursprünglich rein rechtliche Gedanke der Gleichberechtigung zur Gleichmacherei und verbindet sich immer mehr mit dem Irrtum, dass nur dort Gerechtigkeit sei, wo alles gleich sei.

Es ist nicht nur bedauerlich, sondern verhängnisvoll, dass eine weitgehend wirklichkeitsfremde, bisweilen ins Utopische abgleitende Gesell-

schaftsidee fast unwidersprochen so tief und vorwiegend negativ in naturgegebene, entwicklungsgeschichtlich und kulturell mitbestimmte Ordnungsgefüge wie die Familie eingreifen und so viel zwischenmenschliche Konflikte, Fehlverhalten und soziales Scheitern mitverschulden konnte. Mit ihren neuesten propagandistischen Schachzügen wird sogar ein Geschlechterkampf inszeniert, der die so notwendige Gesinnungsänderung zur besseren Anerkennung und Würdigung der Unterschiedlichkeiten, zu mehr Toleranz und Konsensbereitschaft gefährdet oder gar verhindert.

Die Frauen sollten dank ihrer Wirklichkeitsnähe mit mehr Mut und Selbstvertrauen für die bis heute nicht widerlegbare Bedeutung ihres Wirkens in sozialpolitischer und wirtschaftlicher Hinsicht vor allem in der Familie eintreten. Auch Unscheinbares kann Baustein für ein stabiles Staatshaus sein. Entscheidend sind nicht Sitze in Behörden, sondern die geistige Einstellung für Mitverantwortung und eine dem Kinde gemässe entsprechende Erziehung.

Elisabeth Streich-Schlossmacher, Luzern

Die EG, die Schweiz und die FDP

Zur Zeit des Verfassens dieser Zeilen hat die FDP der Schweiz ihre Meinungsbildung bezüglich des Verhältnisses Schweiz - EG noch nicht abgeschlossen. Viele Prominente unserer Partei befürworten zwar den EWR, zögern aber mit einem Bekenntnis auch zum politischen Europa. Ganz anders diverse andere Parteien, die ein klares Bekenntnis für die EG abgegeben und damit den Freisinnigen in diesem Themengebiet den Rang einer innovativen, zukunftsgerichteten Schrittmacherpartei ablaufen. Ganz anders aber auch die JBS und viele einzelne jungfreisinnige Sektionen, die sich klar zu einer Öffnung Richtung Europa bekennen.

Beat Brechtbühl

Weshalb diese Diskrepanz zwischen Mutter- und Tochterpartei? Der Grund dafür liegt nicht nur im Altersunterschied der Mitglieder, obwohl die Europafeindlichkeit der jungen Generation bedeutend grösser ist als diejenige der älteren. Er liegt auch darin, dass viele Jungfreisinnige gerade auch

aus ihrem liberalen Selbstverständnis heraus Ja zu einer Integration der Schweiz in den europäischen Einigungsprozess sagen können.

Nachfolgend möchte ich anhand von drei gewichtigen Argumenten gegen einen EG-Beitritt der Schweiz zeigen, dass diese von der liberalen Warte aus betrachtet, durchaus positive Seiten haben können.

Föderalismus

Der Föderalismus als Staatslehre enthält bekanntlich die geteilte Souveränität, wobei die Anzahl der Stufen theoretisch offen ist. Weshalb sollte ein Beitritt zur EG nicht mit diesem auch von mir hochgehaltenen Prinzip zu vereinbaren sein? Entscheidend ist nur, dass das Subsidiaritätsprinzip konsequent eingehalten wird, wie es in der Europäischen Einheitlichen Akte (EEA) von 1987 festgehalten ist. Wichtig ist ebenfalls, dass gewissen zentralistischen Tendenzen der EG-Kommission entgegengetreten wird, wobei wir gerade im wiedervereinten Deutschland einen starken Partner hätten.

Neutralität

Dieses Mittel unserer Aussenpolitik hat seit einigen Jahren einen grossen Wandel erfahren. Heute (und nicht erst seit dem Embargo gegen den Irak) hat es zumindest in Europa seine Bedeutung verloren. In möglichen Konflikten zwischen Europa und der übrigen Welt ist die Schweiz Partei, ob es ihr gefällt oder nicht. Deshalb sind Wege in einem neuen gesamt-europäischen Sicherheitssystem zu suchen und zu finden. Liberal handeln, bedeutet nicht, am Bisherigen per se festhalten, sondern flexibel ge-

nug sein, bewährte Grundsätze der Vergangenheit mit neuen Perspektiven für die Zukunft zu ersetzen!

Direkte Demokratie

Wir Freisinnigen stehen ein für die Volksrechte. Doch diese müssen sich auf die wesentlichen Punkte beschränken; das Desinteresse an der Politik und die Wahlabstinentz sprechen eine deutliche Sprache. Weshalb muss eine Verringerung der Abstimmungen nachteilig sein? Warum muss das Volk z. B. über die Revision der Brotgetreideordnung abstimmen? Kommt dazu, dass seit 1973 nur acht Initiativen durch eine EG-Mitgliedschaft unmöglich gewesen wäre (und alle sind vom Souverän abgelehnt worden).

Betroffen würde natürlich auch unser Parlament und die Regierung. Durch den Druck der EG, rasche Entscheide zu fällen, käme es endlich zu den schon lange geforderten Systemreformen, wie das zwei FDP-Parlamentarier in Motionen angeregt haben. Vielleicht ginge man sogar einen Schritt weiter und würde die Zauberformel sprengen, damit wieder eine Brise von Konkurrenz zwischen Regierung und Opposition entstünde, was meines Erachtens dem Land nicht schaden würde.

Dass die Liberalisierung des Agrarmarktes und des Personenverkehrs sowie die strengen Kartellgesetze keine Hindernisse, sondern urliberale Postulate sind (oder zumindest sein sollten), sei hier nur am Rande erwähnt.

Konkrete Bekenntnisse der FDP gefordert

Diese wenigen Beispiele zeigen, dass ein EG-Beitritt auch



Beat Brechtbühl, Präsident der Jungfreisinnigen des Kantons Bern

aus freisinniger Sicht durchaus befürwortet werden kann.

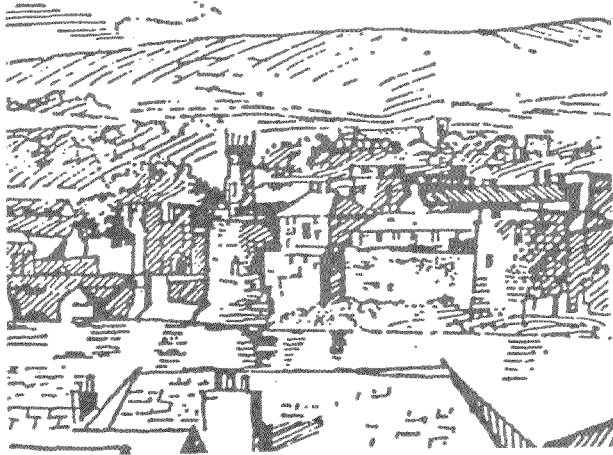
So ist es um so bedauerlicher, dass sich die FDP als Partei noch nicht zu einem klaren Bekenntnis für eine Integration hat durchringen können. Als Grund werden die EWR-Verhandlungen ins Feld geführt. Doch die FDP sollte nicht nur die wirtschaftlichen Vorteile einer Integration gewichten, sondern sich auch unserer politischen Verantwortung für Europa bewusst werden. Einmal mehr scheinen wir vom Kuchen profitieren zu wollen, ohne dass wir dafür (einen angemessenen Preis) bezahlen müssen, wobei bei diesem Thema der Preis durch viele Zugaben (in Form von echten Mitbestimmungsmöglichkeiten) nochmals gedrückt würde. Wenn unsere liberalen Vorväter 1947 ebenfalls so gedacht hätten, wäre die Schweiz bestimmt nicht auf dem heutigen Wohlstandstandard!

Die verantwortlichen Gremien unserer Partei sollten darum vermehrt eine Vorwärtsstrategie, neue Perspektiven entwickeln. Die Jungfreisinnigen sind darin ihrer Mutterpartei um einige Schritte voraus! □

Die Jungliberale Bewegung der Schweiz beschloss bereits im vergangenen Jahr einstimmig, die Euro-Initiative aktiv zu unterstützen.



Nach Meinung der Jungfreisinnigen sollte die FDP ein klares Bekenntnis zur EG abgeben.



Wir haben noch Plätze frei
Parteireise 1991 der FDP
des Kantons Zürich

«Irland, immergrüne Insel»

Reise 1: 24. Juni bis 2. Juli 1991
Reise 2: 26. August bis 3. September 1991

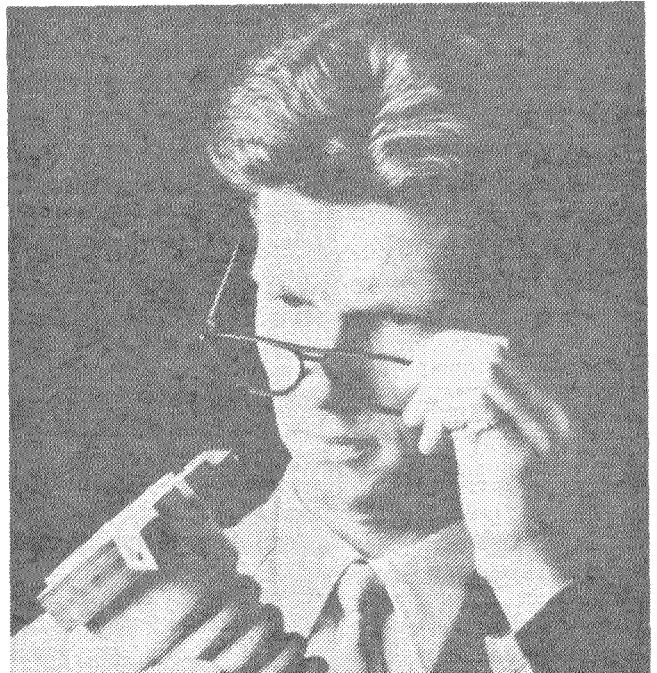
Preis pro Person im Doppelzimmer CHF 3 750.-
im Einzelzimmer CHF 4 735.-

Für Unterlagen wenden Sie sich bitte an folgende Adresse:
Reisebüro KUONI, SLS-SI-els, Neue Hard 7, 8037 Zürich,
Tel. (01) 277 47 29.

Eine Welt für sich



Spezialreisen



Qualität.

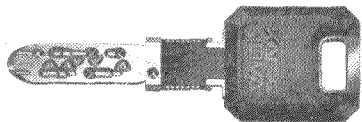
Mit leichten Fehlern?

Liegt bei uns nicht drin, denn
der Kunde hat Anrecht auf ein
Produkt, das seinen
Qualitätsanforderungen voll
entspricht.

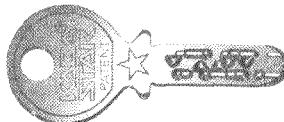
WEIDMANN

H. WEIDMANN AG, 8640 Rapperswil
☎ 055 - 214111

Verlieren heisst nicht verloren.



KABA NOVA: Bei Schlüsselverlust
kann der Code selber
umprogrammiert werden.



KABA STAR-Vario: Bei Schlüsselverlust
kann der Code des mechanischen
Schliesszylinders umgestellt werden.

Ihr Partner für erfolgreiche Schlüsselerlebnisse:
Bauer Kaba AG, 8620 Wetzikon, Telefon 01/931 61 11, Fax 01/931 63 85

KABA®

**Damit Ihre
Zeitungswerbung
ankommt.**

ofa

**Unsere Produkte
sind**

**Ideen
Qualität
Nutzwerte
Freude
Sicherheit**

SPALTENSTEIN IMMOBILIEN AG
Siewerdstrasse 8, 8050 Zürich
Tel. 01/316 13 00, Fax 01/316 13 94

Spaltenstein

IMMOBILIEN AG

Steuererklärung: Wegleitung für Pensionierte

Wir wollten den 775 Rentnern in unserem Dorf (695 Alleinstehende, 80 Ehepaare) helfen, dass sie sich im bevorstehenden «Steuerklärungs-Dschungel» besser zurechtfinden. Wir haben zu diesem

FDP-Idee

Zweck die 56seitige, offizielle Wegleitung, welche allen Personen zugestellt wurde, überarbeitet, auf die Bedürfnisse der über 65jährigen Bevölkerung direkt Rücksicht genommen und eine eigene Kurzwegleitung zur Steuerklärung 1991/92 zusammengestellt. Diese soll den Pensionierten helfen, die Steuerklärung ohne fremde Hilfe und in nützlicher Frist auszuführen.

Unser Autor Joe Barmettler hat dabei einen anderen Aufbau gewählt und nicht die einzelnen Ziffern der verschiedenen Formulare, sondern ganz einfache Fragen in den Vordergrund gestellt. Er beschränkte sich auf das Wesentlichste und versuchte, die komplexen Zusammenhänge zu vereinfachen. Zudem haben wir be-

wusst eine grössere Schrift gewählt.

Da Steuerklärungen nicht zu den Lieblingsbeschäftigungen gehören, müssen die Informationen wenigstens leicht und übersichtlich sein. Unsere Kurzwegleitung soll allen AHV-Bezügern zugute kommen. Sie ist nicht ein «Konkurrenzprodukt» zur offiziellen Wegleitung der Steuerverwaltung, sondern ein ergänzendes, aber spezielles Dienstleistungsangebot. Das Pilotprojekt, welches in zwei Jahren erweitert und auf Grund von Benutzeranregungen verbessert werden soll, entspringt der Überzeugung, dass auch Parteien im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit zukünftig neue Wege zu gehen haben.

Die Herausgabe der Broschüre wurde ermöglicht durch die grosszügige Unterstützung der Firma Bossard AG, welche diese auf die Senioren zugeschnittene Wegleitung auch ihren eigenen Rentnern zur Verfügung stellt.

Joachim Eder
Präsident
FDP Unterägeri

Impressum

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38.

Verantwortlich für die Redaktion:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler. Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung:

Neue Zürcher Zeitung, Fremdzeitungen «Freisinn FDP», Postfach, 8021 Zürich, Telefon (01) 258 11 11.

ofa Zeitschriften, Sägereistrasse 25, 8152 Glattbrugg, Telefon (01) 809 31 11.

Druck:

Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.
Einzelnummer Fr. 2.-
Jahresabonnement Fr. 20.-

FDP-Positionen

Keine Armeeabschaffung auf Raten

Anlässlich seiner Sitzung nahm der Ausschuss für Militärpolitik der FDP mit Befriedigung von der Verabschiedung des Rüstungsprogramms 1990 Kenntnis. Andererseits wurde eine kritische Durchleuchtung der bundesrätlichen Finanzpolitik gefordert. Das Einfrieren der Rüstungsausgaben auf den Stand von 1990, was einem realen Abbau von rund 20 Prozent gleichkommt, lässt den Spielraum für notwendige Investitionen enger werden. Angesichts des hohen Finanzbedarfs bei der Beschaffung von technologisch hochwertigen Rüstungsgütern bedeutet dies eine Entwicklung, die der Erhaltung einer glaubwürdigen Armee nicht dienlich sein kann. Dass nur moderne und leistungsfähige Waffensysteme erfolgversprechend sind,

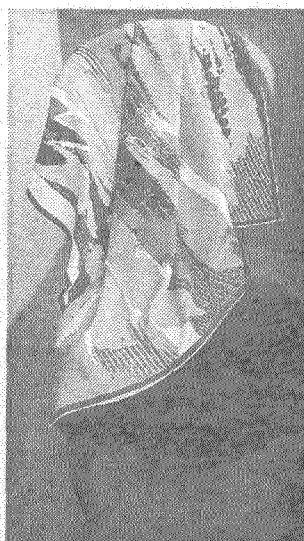
zeigen die Erfahrungen aus dem Golfkrieg deutlich.

Zu den jüngst von der SPS angekündigten Initiativen hielt der Ausschuss fest, dass diese klar auf eine Abschaffung der Armee in Raten abzielen und deshalb nicht zu verantworten sind. Durch ihre Politik, den Armeeabschaffern weiterhin Unterstützung zu leisten, verliert die SP bezüglich ihrer Einstellung zur Landesverteidigung zunehmend an Glaubwürdigkeit und bezeugt zudem wenig sicherheitspolitisches Verantwortungsbewusstsein. Die SP ist dazu aufgefordert, klar kundzutun, ob sie noch zu unserer bewaffneten Landesverteidigung steht. □

Ja zur Übung «Limes»

Als eine Chance für die schweizerische Asylpolitik begrüsst die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) die Aktion «Limes». Aus freisinniger Sicht ist die vom

Elegantes Accessoire



Weiss, blau, rot – in ihren Farben hat die FDP ein neues Foulard kreiert. Aus reiner Seide, versteht sich. Als elegantes Accessoire setzt es Ihrem Mantel, Ihrer Bluse den modischen Farbtupfer auf. Bestellen Sie es, solange der Vorrat noch reicht!

Kostenpunkt: Fr. 50.-

Ja, ich bestelle _____ Exemplar(e) des Foulards aus reiner Seide à Fr. 50.-.

Name _____

Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat,
Postfach 6136, 3001 Bern

Finanzdepartement lancierte Unterstützung des Grenzwachtkorps durch WK-Truppen ein geeignetes Mittel, um den illegalen Überritten über die grüne Grenze und damit dem Unwesen der Schlepperorganisationen Einhalt zu gebieten. Mit Befriedigung wird zur Kenntnis genommen, dass die Zusammenarbeit zwischen den Grenzwächtern und den unbewaffneten Soldaten reibungslos verläuft. □

Garten- und Landschaftsarchitekten,
Erdbauingenieure

Spross

Wir planen, bauen, sanieren
und pflegen auch Ihren Garten
für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62



Wie war das doch mit den Anlagevorschriften?

Erinnern Sie sich noch? Am 6. Oktober 1989 hatte das Parlament bodenrechtliche Sofortmassnahmen beschlossen, die eigentlich niemand so recht wollte. Vor allem der Sinn von Anlagevorschriften für Einrichtungen der beruflichen Vorsorge und für Versicherungseinrichtungen blieb umstritten. Wer hat sich nun daran gemacht, diesen als Unsinn erkannten Fehler zu korrigieren, damit die Wohnungsnot nicht noch grösser wird?

Natürlich die FDP. Mit einer Fraktionsmotion hat die FDP-Fraktion verlangt, dass der Bundesbeschluss über Anlagevorschriften für Einrichtungen der beruflichen Vorsorge und für Versicherungseinrichtungen aufgehoben wird. Die FDP-Parlamentarier versprechen sich davon einen Anreiz für neue Investitionen im Wohnungsbau. Der Bundesrat ist dieser Forderung Ende März 1991 nachgekommen.

Mit der Aufhebung des Bundesbeschlusses über Anlagevorschriften leben die alten Rechtsgrundlagen wieder auf. Damit beträgt der Höchstwert für Anlagen in inländischen Grundstücken wieder 50 statt 30 Prozent des Gesamtvermögens bei Einrichtungen der beruflichen Vorsorge bzw. des Sollbetrags hinsichtlich des Geltungsbereichs gelten wieder die früheren Bestimmungen. Institutionelle Anleger, die mit dem Bundesbeschluss vom 6. Oktober 1989 neu der Aufsicht und bodenpolitischen Anlagevorschriften unterworfen wurden, sind künftig wieder keiner Aufsicht des Bundes unterstellt.

Antwort

Mutzli

Mit «politischer Vierfrucht» – wie er sich ausdrückte – zum Erfolg kam Ernst Leuenberger (SP/SO) beim Fernmeldegesetz, wo er sich dafür einsetzte, dass jeder Abonnent selbst bestimmen kann, ob er im Telefonbuch eingetragen wird oder nicht. Sein Minderheitsantrag war von Kolleginnen und Kollegen der CVP, der FDP und der Grünen mitgetragen. Darum die «Vierfrucht»: rot, schwarz, blau, grün. Offensichtlich ein neues Erfolgsrezept.

Betätigt sich ausgerechnet der Grüne Paul Günter (LdU/BE) als Waffenexporteur? Diese Frage stellte sich dem Betrachter seines Antrages, der unter dem Titel «Golfkrise, Hilfe an die meistbetroffenen Länder» 776 Millionen Franken anbegehrte für den Kauf von Sturmgewehren. Zum verkappten Waffenlieferanten gemacht hat Günter das Ratsbüro, das seinen Antrag unter dem Titel «Golfkrise» statt «Rüstungsprogramm 1990» verteilte.

«Ich verstehe die SVP-Vertreter schlicht nicht mehr», meinte die Grüne Monika Stocker (ZH) in der Gentechnologie-Debatte: «Sollen die Bäuerinnen und Bauern zu Lizenznehmern der chemischen Industrie werden?»

Edgar Oehler (CVP/SG) wehrte sich für das Sekretariat, als sich Bundesrat Stich und Ursula Mauch (SP/SO) stritten und für eine Ungereimtheit das Sekretariat verantwortlich machten. «Es ist unfair, den Fehler dem Sekretariat in die Schuhe zu schieben. Ich habe geglaubt, solche Diskussionen würden nur in der CVP geführt.» Oehler hatte offenbar den kantonalen CVP-Parteitag noch in den Ohren, als ihm Vorwürfe wegen seiner Irak-Reise gemacht worden sind.

Hans-Rudolf Gysin (FDP/BL) kritisierte die übersetzten Eigenmieten der Eidgenössischen Steuerverwaltung und forderte Bundesrat Stich auf: «Würden Sie bitte die Stichproben untersuchen, damit

Ihre Aussagen stichhaltiger werden?»

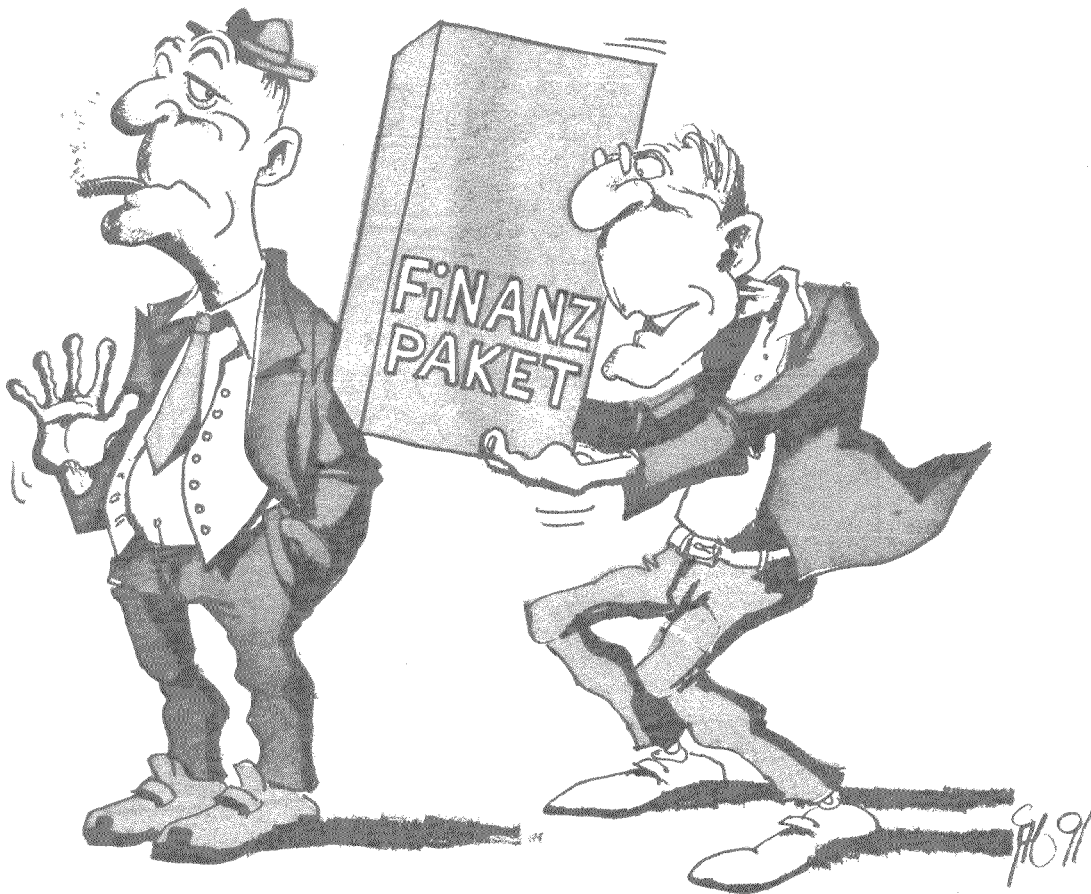
Nachwuchssorgen bekundet die CVP Altstätten, die in der NZZ Interessenten sucht «für das Amt des Gemeindevormanns von Altstätten SG». Munkelten im Bundeshaus Beobachter der St. Galler Polit-szene, die dem markigen Ständeratsvize Jakob Schönenberger forsch an den Karren fährt: «Das wäre doch noch etwas für unseren Jakob!»

«Ihr seid buchstäblich auf dem Holzweg», rief in der Waldgesetzdebatte Georg Stucky (FDP/ZG) seinen Nationalratskollegen zu, die sich für ein generelles Fahrverbot auf den Waldstrassen eingesetzt hatten.

Die Schweizer Zirkuszeitung «Manege» berichtete unter dem Titel «Hochgeschätztes Publikum» dramatisch: «Es gibt keinen Nachwuchs mehr. Vor allem trifft dies zu für die Clowns.» Meint Christian Wanner (FDP/SO) schmunzelnd: «Der Zirkus sollte halt Anleihen bei den Politikern aufnehmen!»

Eine seltsame Persönlichkeitswandlung hat diese Woche Otto Schoch, dieser wendige Standesvertreter aus dem Ausserrhodischen, durchgemacht. Sofern die NZZ recht hat. Sie rapportierte nämlich wie immer minuziös aus der Debatte zum bäuerlichen Bodenrecht und apostrophierte den Kommissionspräsidenten mehrfach mit «Schoch (Appenzell Ausserrhodien, fdp.)». Als er dann aber von den sozialen Folgen der Veräusserung eines Gewerbes sprach, machte ihn die NZZ zweimal zum «Schoch, AR, cvp». Im selben Artikel begnügte sich das Zürcher Blatt dann bei der Wiedergabe des letzten Schoch-Votums mit der Umschreibung «Schoch (AR)».

Schwierigkeiten mit der Demokratie bekundete Zeitungsverlegerpräsident Max. U. Rapold, dessen Verband sich federführend für ein liberales Datenschutzgesetz einsetzte unter dem Aspekt «Stand der Demokratisierung einer Gesellschaft».



HAT SICH DIE WIRTSCHAFT IHR "NEIN DANKE" GUT ÜBERLEGT?

Erfolg auf der ganzen Linie

Die kantonalen Wahlen vom 7. April in Zürich haben der FDP einen durchschlagenden Erfolg auf der ganzen Linie gebracht: Eric Honegger und Ernst Homberger sind mit ausgezeichneten Resultaten in den Regierungsrat gewählt worden, und die FDP-Kantonsratsfraktion ist nach vier Mandatsgewinnen auf fünfzig Mitglieder angewachsen.

Christian Bretscher*

Was sich vor einem Jahr bei den Gemeindewahlen auf dem Land angekündigt hat, wurde bei den Kantons- und Regierungsratswahlen im ganzen Kanton – und insbesondere in der Stadt Zürich – klar bestätigt: die FDP ist wieder im Aufwind. Das Glanzresultat von Eric Honegger, der mit über 14 000 Stimmen Vorsprung auf die nächsten Mitbewerber weitaus am meisten Wähler hinter sich vereinigen konnte, die problemlose Wahl von Ernst Homberger und der Gewinn von vier zusätzlichen Mandaten bei den Kantonsratswahlen sprechen eine deutliche Sprache.

Besonders erfolgreich kämpfte die FDP in den sechs Wahlkreisen der Stadt Zürich und in der Stadt Winterthur, wo sie ihre Wähleranteile um 1,2 bis 4,6 Prozent gesteigert hat.

Trotz zum Teil recht beträchtlichen Gewinnen von SVP und SP zeigte sich die FDP auch auf dem Land konstant.

Klare Positionen

Über den ganzen Kanton hinweg zeigte sich, dass die Wählerinnen und Wähler vermehrt klare Positionen und eine geradlinige Politik verlangen. Dies hatte zur Folge, dass neben der FDP in erster Linie die SVP,

die trotz sinkender Wahlbeteiligung auch in absoluten Zahlen mehr Stimmen erzielte als 1987, und die SP, die allerdings hauptsächlich von den neu eingegangenen Listenverbindungen mit den Grünen profitierte, Mandate zulegen konnten. Demgegenüber mussten die selbsternannten Vertreter der «politischen Mitte», allen voran der zur Bedeutungs-

losigkeit geschrumpfte Landesring, aber auch EVP und CVP massive Verluste hinnehmen.

Durch diese Verschiebungen wurde die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat insgesamt gestärkt: FDP und SVP verfügen neu gemeinsam über 87 von 180 Sitzen. Zur absoluten Mehrheit fehlen somit – bei voller Präsenz, die mithin noch

an Bedeutung gewinnt – nur gerade vier Stimmen, welche ohne weiteres aus den Reihen der übrigen Fraktionen zu erlangen sein sollten.

Als ausgesprochen erfreulich darf darüber hinaus auch die Tatsache gewertet werden, dass es trotz dieser Tendenz zur Polarisierung weder den Splitterparteien zur Rechten (Auto-Partei und NA) noch zur Linken (FraP und Alternative Liste) gelungen ist, die 1987 errungenen Sitze insgesamt zu vermehren. □



**Wir handeln aus Erfahrung –
bärenstark.**

Für unsere anspruchsvollen, international orientierten Kunden
sind wir rund um die Uhr und rund um die Welt mit den
Märkten in Verbindung.

JB^{co}B

BANK JULIUS BÄR

For the Fine Art of Swiss Banking

Zürich, Bahnhofstrasse 36, 8010 Zürich, Tel. (01) 228 51 11
Genf · Frankfurt · München · London · New York · San Francisco
Los Angeles · Mexico City · Hongkong · Tokio

* Sekretär der Kantonalpartei Zürich